23. Jahrgang. Montag, 4. April. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 12723.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Dublin, 4. April. Zu Clocher, Grafschaft Mayo, fand Sonnabend ein Zusammenstoß zwischen dem Volke und der Polizei statt. Letztere feuerte, wobei drei Personen getödtet und 32 verwundet wurden, darunter vier gefährlich.

Später eingegangene Depeschen befinden sich a. d. 3. Seite.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Köln, 3. April. Die englische Post vom 2. April früh, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 21 Minuten Abends, ist ausgeblieben. Grund: Verspätete Ankunft des Schiffes in Ostende.

Verviers, 3. April. Die englische Post vom 2. April Abends, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 40 Minuten, ist ausgeblieben. Grund: Sturm im Kanal.

London, 3. April. Das Befinden Lord Beaconsfield's hat sich im Laufe des gestrigen Tages etwas gebessert, derselbe konnte einige Nahrung zu sich nehmen und hatte einige Stunden ruhigen Schlafs.

Petersburg, 3. April. Der rumänische Gesandte am hiesigen Hofe, Fürst Ghika, ist gestern gestorben.

Washington, 3. April. Der nordamerikanische Gesandte in Berlin, Andrew White, hat dem Präsidenten Garfield sein Entlassungsgesuch eingereicht; die Ernennung seines Nachfolgers gilt für unmittelbar bevorstehend.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. April.

Mit der vorgestrigen Rede des Reichskanzlers ist die Frage des Unfallversicherungsgesetzes in ein neues Stadium getreten. Fürst Bismarck hat dafür gesorgt, daß Niemand über die Voraussetzungen, unter denen das Zustandekommen des Gesetzes allein möglich ist, im Zweifel bleibt. Ohne Reichshilfe hat das Gesetz für ihn jede Bedeutung verloren. Bemerkenswerth ist, daß er wieder den heftigsten Angriff nicht gegen Hrn. Richter oder die Redner des Centrums, der Conservativen und der Nationalliberalen richtete, sondern gegen die Secessionisten, gegen Bamberger und Lasker. Der Reichskanzler hält noch immer an der Hoffnung fest, die nationalliberale Fraction zu sich herüber zu ziehen. Die Secessionisten sind ihm dabei am meisten im Wege. Die etwas plötzlich gemachte Entdeckung, daß der Reichskanzler die antisemitische Bewegung in keiner Weise begünstige oder mit ihr sympathisire, ist darauf berechnet, sich neben dem Beifall der Antisemiten, die sich schwerlich so leicht irre machen lassen werden, auch denjenigen der „Semiten“ zu erwerben, die jetzt mit einem Mal im Reichskanzler den Beschützer erkennen sollen. Mit solchen zweischneidigen Worten soll jetzt plötzlich das Unfallversicherungsgesetz wieder lebensfähig gemacht werden. Wie wenig Aussicht diese Wiederbelebungsversuche haben, ergiebt sich daraus, daß der Reichskanzler sich zu dem Vorschlag herabgelassen hat, die Beschaffung des auf den Arbeiter mit einem Jahresverdienst von nicht über 750 Mk. entfallenden Prämienantheils vorläufig nur auf drei Jahre dem Reiche aufzuladen. Wenn doch der Reichskanzler, anstatt immer nur von der Unmöglichkeit zu sprechen, den Antheil der Prämienzahlung des Arbeiters diesem aufzuerlegen, sich doch wenigstens einmal über die Höhe des Prämienantheils vernehmen lassen wollte! In den Motiven des Gesetzes wird der Beitrag des Reiches auf ½ Proc. der Löhne der nicht beitragspflichtigen Arbeiter veranschlagt. Es macht das selbst für den Arbeiter mit 750 Mk. Jahresverdienst nur 3 Mk. 50 Pfg. pro Jahr, also täglich 1 Pfg. Da die Arbeitgeber ihren Antheil, 1½ bis 2 Proc., schon deshalb so leicht tragen können, weil, wie es in den Motiven heißt, diese Leistung, Angesichts der Lohnschwankungen, wie sie im Verlaufe jedes Betriebes in Folge wechselnder Conjuncturen vorzukommen pflegen, als bedenklich für die Productivität der Unternehmungen nicht angesehen werden könne, so ist in der That nicht abzusehen, weshalb etwa eine Prämienzahlung von 5 Pfg. pro Woche für die Arbeiter unerschwinglich sein soll. Geschenkt wird dem Arbeiter die Prämie ohnehin nicht; denn wenn auch die Klassensteuer bis zu 750 Mk. Jahreseinkommen in Wegfall kommen sollte, so würden diese Arbeiter ja doch — Fürst Bismarck mag für die Abwälzungstheorie noch so begeistert eintreten — von den neuen indirecten Steuern, aus deren Ertrag das Reich seinen Prämienantheil erhalten soll, nie und nimmermehr befreit werden können. Die merkwürdigen Widersprüche, in denen sich die Darlegung des Reichskanzlers bewegt, beweisen nur das Eine, daß es ihm bei dem ganzen Gesetze lediglich um das Princip der Reichshilfe zu thun ist. An welche Elemente Fürst Bismarck sich mit seinen Auseinandersetzungen wendet, kann man nach seiner Rede allerdings beurtheilen. Am liebsten meinte er, würde er im § 1 des Gesetzes, anstatt „Alle Arbeiter, welche u. s. w.“ die beiden bedeutungsvollen Worte „Jeder Deutsche“ setzen. Die Verlegenheit des Reichskanzlers muß in der That groß sein.

Heute wird zunächst die vorgestern abgebrochene Debatte über das Unfallversicherungsgesetz beendigt werden. Es sollen noch die Abgg. Bebel und Gneist zu Worte kommen. Dann folgt der Antrag Windthorst, das Wittwengesetz und das über die Küstenfrachtfahrt.

Ueber die Entstehung und den Zweck des Antrages Windthorst sieht man jetzt etwas klarer. Niemand erwartet wohl bei uns, daß durch die Annahme desselben Attentate in Petersburg oder sonstwo verhindert oder wesentlich erschwert werden würden. Der Antrag ist zweifellos durch unsere Regierungskreise angeregt worden, und zwar, um damit, wenn auch ein praktischer Nutzen daraus nicht hervorgeht, sich Rußland gefällig zu zeigen. Wenn auch die Ursachen des Nihilismus allein in Rußlands Verhältnissen und Zuständen liegen, so schiebt man dort doch dem Auslande einen großen Theil der Schuld zu, und man ist der Meinung, daß, um künftigen Gefahren vorzubeugen, auf dem Wege internationaler Vereinbarungen „Etwas geschehen“ müsse. Deutschland soll nun Rußland den freundnachbarlichen Dienst erweisen, die Sache in Gang zu bringen. Am Freitag Abend besuchte der Kronprinz den Reichskanzler, den er schon am Morgen desselben Tages persönlich zum 66. Geburtstag gratulirt hatte, und conferirte mit ihm über eine Stunde lang; man vermuthet, daß die Besprechung die geplante gemeinsame Action der Mächte gegen die Nihilisten und verwandten socialistischen Gruppen zum Gegenstand gehabt habe. Hiermit wird auch der Umstand in Zusammenhang gebracht, daß der deutsche Botschafter in London, Graf Münster, plötzlich nach Berlin berufen ist, wo er schon gestern Abend erwartet wurde. Die Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg über diese Frage sind in den letzten Tagen ungemein lebhaft gewesen.

Man wird fragen: Warum nimmt denn der Reichskanzler die diplomatische Behandlung der Frage nicht direct in die Hand? Warum benutzt er hier den Reichstag, den er doch sonst nicht um solche Dinge befragt? Nun, die Action könnte leicht einen Mißerfolg haben. Frankreich und England scheinen bis jetzt nicht sehr geneigt, sich in die Sache einzulassen, und wenn ein Mißerfolg eintreten sollte, so würde dem Reichstag, der formell die Sache angeregt hat, die Verantwortung dafür zufallen. Was übrigens in dem Antrag Windthorst ausgesprochen wird, ist in Deutschland bereits bestehendes Recht, dem jetzt nur ein weiterer Geltungskreis verschafft werden soll. Gegen eine spätere mißbräuchliche Anwendung wird heute der Abg. Hänel die für den Antrag Stimmenden verwahren. Wenn der Antragsteller Windthorst und Hänel gesprochen, gedenkt man — ein Vertreter der Regierung soll, wie es heißt, das Wort nicht ergreifen — die Debatte zu schließen — wenn die Socialdemokraten nicht einen Strich durch die Rechnung machen. Sie verlangen auch in einer Sache, die sie nahe angeht, zum Worte gelassen zu werden und haben zu ihrem Sprecher den Abg. Kayser nominirt.

Frankreich hat durch die Angriffe räuberischer tunesischer Stämme auf die mit den Vorarbeiten der Saharabahn Beschäftigten eine, wahrscheinlich nicht ungern gesehene Gelegenheit erhalten, gegen Tunis die Waffen zu wenden. Nach den neuesten Nachrichten aus Algier gilt die Eisenbahn an der Grenze von Tunis für bedroht. Gegen erneute Angriffe der tunesischen Stämme der Kroumirs und Ouchtetas, die man befürchtet, sind energische Schutzmaßregeln getroffen. Man hält es für nicht unmöglich, daß die Zurückweisung eines Angriffs dazu nöthigen könnte, die Angreifer bis auf tunesisches Gebiet zu verfolgen.

Die zur Fortsetzung der Unterhandlungen zwischen Rußland und der Curie in Rom eingetroffenen russischen Abgesandten Mossoloff und Buteneff sind Sonnabend vom Papste und dem Cardinal-Staatssecretär Jacobini empfangen worden. Der Papst sprach die Hoffnung aus, daß ein festes Einvernehmen zwischen dem Vatican und Rußland noch vor dem nächsten Feste der slavischen Apostel Cyrillus und Methodius, welche von den Lateinern wie von den Slaven gleich sehr verehrt würden, wiederhergestellt werden möge.

In Bezug auf die angebliche Ablehnung der in Konstantinopel vorgeschlagenen Grenzlinie durch Griechenland bemerkt die „Agence Russe“, die griechische Regierung habe die Vorschläge der Mächte nicht ablehnen können, weil dieselben ihr noch gar nicht mitgetheilt seien. Das Einvernehmen der Regierungen sei auch ein so vollständiges, daß man für die Annahme der Vorschläge in Athen so gut wie in Konstantinopel einen Druck ausüben könne.

Reichstag.

28. Sitzung vom 2. April.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung giebt der Abg. Löwe (Berlin) folgende Erklärung ab: Herr v. Treitschke hat in einem mir vorliegenden Briefe an Herrn v. Cuny zu meiner Kenntnißnahme erklärt, daß er mit seiner persönlichen Bemerkung in der Sitzung vom 29. v. M. die Absicht nicht verbunden habe, eine Richtigstellung einer meiner Redewendungen in den üblichen parlamentarischen Formen nicht annehmen oder auf mich den Druck irgend einer Drohung ausüben zu wollen. Nunmehr stehe ich nicht an zu erklären, daß ich bei meiner Herrn v. Treitschke berührenden Bemerkung nicht beabsichtigt habe, denselben zu beleidigen oder ihm vorzuwerfen, daß er gegen seine Ueberzeugung handle. Zu dieser Erklärung wäre ich in der Sitzung selbst sofort bereit gewesen, wenn ich nicht durch die Form der persönlichen Bemerkung des Herrn v. Treitschke daran gehindert worden wäre.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, wird darauf fortgesetzt:

Abg. Richter (Hagen): Die Gesetzgebung, betreffend die Haftpflicht und den Schadenersatz der Arbeiter beruht in Deutschland wesentlich auf parlamentarischer Initiative, an welcher meine Partei einen hervorragenden Antheil gehabt hat. Unsere Stellung zum vorliegenden Gesetze ist eine zwiefache. Soweit in dem Entwurf eine Erweiterung der Haftpflicht, sei es in Bezug auf den Kreis der Unfälle, oder den der Personen beabsichtigt ist, erachten wir ihn für eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Nicht nachgewiesen scheint uns die Nothwendigkeit des Versicherungszwanges und öffentlicher Versicherungsanstalten, grundsätzlich verwerfen wir jedes Versicherungsmonopol, die Reichsversicherungsanstalt und die Beitragsleistung aus Staats-, Reichs- oder Communalkassen. Für commissarische Berathung stimmen wir, um zu versuchen, ob sich der unseren Bestrebungen entsprechende Theil aus dem Gesetze herausschälen läßt. Gelingt es nicht, so werden wir den Entwurf, der unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit auftritt, der aber ihren Interessen nachtheilig wirken würde, entschieden ablehnen. Die Motive sagen, der Gesetzentwurf sei eine Consequenz des Christenthums. Entweder sagt diese Bemerkung etwas Selbstverständliches oder etwas Falsches. Daß unsere ganze Staatsentwicklung, wesentlich auf der Grundlage des Christenthums beruht, in seinen Anschauungen über Moral und Humanität, die weit über die christliche Religionsgesellschaft hinaus Grundlagen unserer Civilisation geworden sind, das bestreitet Niemand. Etwas Anderes ist es aber, wenn man versucht, einen Gesetzentwurf als den spezifischen Ausdruck des Christenthums hinzustellen. Nach meiner Auffassung vom Christenthum ist das Große und Erhabene desselben, im Gegensatz zu anderen Religionen, daß es hoch erhaben steht über den individuellen Verhältnissen des einzelnen Staates und den wechselnden Verhältnissen von Staat und Recht. Man kann ein guter Christ sein, und diesen Gesetzentwurf doch herzlich schlecht finden, und wiederum ein schlechter Christ kann ein Freund des Gesetzes sein. Schon bei Berathung des Haftpflichtgesetzes hat meine Partei die juridischen Unterscheidungen zwischen Schuld und Nichtschuld, höherer Gewalt u. s. w. als nicht zutreffend auf die thatsächlichen Verhältnisse bezeichnet. Später brachte mein Freund Schulze-Delitzsch einen Antrag ein, daß der Unternehmer haftpflichtig sein sollte, wenn er nicht nachweise, daß höhere Gewalt oder eigenes Verschulden den Unfall verursacht hat. Thatsächlich wird eine Formulirung der Ersatzpflicht nach jenem Antrag Schulze-Delitzsch ungefähr ebenso weit führen wie die Regierungsvorlage; die Formulirung nach der einen oder der anderen Richtung ist für mich eine offene Frage. Der Berliner Fabrikinspector hebt mit Recht hervor, daß in den meisten Fällen der Unfall entsteht durch das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Momente. Einem Arbeiter, der zufällig hinfällt, wird ein Vorwurf daraus gemacht, daß er nicht Geistesgegenwart behalten, um in ein gezahntes Getriebe nicht hineinzugreifen. Aber man muß sich hüten, die Schuldfrage völlig verschwinden zu machen und sollte neben dem Vorsatz mindestens für das grobe Verschulden den vollständigen Schadenersatz und die persönliche Regreßpflicht beibehalten. Wir lehnen bei vorübergehender Invalidität die Aufhebung der Haftpflicht für Krankheiten unter vier Wochen ab. Gerade die Unterstützung in den ersten Tagen der Krankheit ist für den Verlauf derselben entscheidend. Offenbar hat nur die äußere Rücksicht, daß nicht der Reichsversicherungsanstalt zu viele Unfälle zur Last fallen, zu dieser sachwidrigen Unterscheidung geführt. Wir wollen die Ausdehnung der Ersatzpflicht auf möglichst weite Kreise des Großbetriebes. Die Uebernahme der Ersatzpflicht ist kein Akt der Wohlthätigkeit seitens des Großbetriebes. Für Unfälle, die der Geschäftsbetrieb mit sich bringt, Ersatz zu leisten, ist der Inhaber des Geschäftsbetriebes verpflichtet, es entspricht auch seinem eigenen Interesse. Nur auf diese Weise vermögen sich auch die gefährlicheren Betriebe einen guten Arbeiterstamm zu erhalten. Dieses eigene Interesse zwingt auch jetzt schon die Arbeitgeber, weit über die Rechtspflicht hinaus für den Schadenersatz aufzukommen. Auch in anderer Richtung übernehmen ja Großindustrielle freiwillig Verpflichtung für ihre Arbeiter; z. B. in Herstellung von Wohnungen, Gründung von Sparkassen u. s. w. Der Arbeitgeber kann auf diesem Gebiete mehr leisten, als die einzelnen Arbeiter. Er wird für seine Aufwendungen entschädigt, wenn nicht durch geringere Lohnansprüche, so doch durch größere Tüchtigkeit und Willigkeit seiner Arbeiter. Ob die Landwirthschaft in größerem Umfange in dieses Gesetz aufgenommen werden soll oder nicht, diese Frage unterliegt nicht der freien Entscheidung. Die ländlichen Arbeiter müssen hinein und die Herren, die für diese Interesse haben, werden sich dies bei jedem einzelnen Paragraphen zu vergegenwärtigen haben. Die Concurrenz wird die Landwirthschaft zwingen, selbst hierher zu kommen und die Ausdehnung des Gesetzes zu beantragen. Man kann sagen, der landwirthschaftliche Betrieb ist gefährlicher als die Industrie. Ich habe hier eine Statistik von 503 landwirthschaftlichen Unfällen, davon kommen allein 110 auf die Behandlung von Thieren und den Fuhrwerksbetrieb, 48 durch Sturz von Böden, Scheunen, Dielen und 61 durch die Bedienung von landwirthschaftlichen Maschinen. Die Landwirthe im Volkswirthschaftsrath haben auch nicht umhin gekonnt, sich entschieden für Ausdehnung des Gesetzes auf die Landwirthschaft auszusprechen, so der Amtsrath Dietze, welcher ausdrücklich Unzufriedenheit unter den landwirthschaftlichen Arbeitern constatirte und fürchtete, dieselben würden ihnen dadurch von der Industrie entzogen werden. Was nun die ganze Stellung des Versicherungswesens anlangt, so nehmen wir eine ablehnende Haltung ein. Bis zum Herbst vorigen Jahres hatte sich nirgends ein Bedürfniß kundgegeben, in Verbindung mit der Reform der Haftpflicht nun auch Veränderungen in Bezug auf die Unfallsversicherung anzunehmen. Erst seitdem im September der Reichskanzler ein derartiges Project verlautbart hat, datirt diese Frage welche ich für die allerschwierigste in wirthschaftlicher Beziehung halte. Ist nun aber diese Zwischenzeit von sechs Monaten von der Regierung benutzt worden, um die Sache spruchreif zu machen? Keineswegs. Von den Verhältnissen auf dem Gebiete des Versicherungswesens findet sich in den Motiven keine Spur von Andeutung, als wenn Unfallversicherungsorganisationen gar nicht beständen, und man beliebig etwas Neues construiren könnte ohne Rücksicht auf bestehende Zustände. Es ist wirklich charakteristisch für eine solche Vorlage, mit so zählbaren, meßbaren Seiten keine einzige Zahl zu finden, der beste Beweis dafür, mit wie wenig Gründlichkeit und Sachlichkeit man diese Sache vorbereitet hat. Was hier und da in den Motiven über die bestehenden thatsächlichen Verhältnisse angedeutet ist, ist geradezu falsch, so z. B., daß die Versicherungs-Gesellschaften meist erst auf Richterspruch hin zahlen, während statistisch nachgewiesen ist, daß nicht 1 oder 2 Proc. der vorkommenden Unfälle Gegenstand des Prozesses werden und daß in zwei Dritteln dieser Prozeßfälle die Versicherungsgesellschaften als in ihrem Recht befindlich erklärt werden. So unvorbereitet kommt dieses Gesetz an das Haus und das muß Ihnen die gestrige Verhandlung gezeigt haben, daß, wenn Sie diesen Theil des Gesetzes über Versicherungswesen nicht loslösen von dem übrigen, aus dem ganzen Gesetz nichts wird. Nur der Wunsch, das Positive, Brauchbare aus dem Gesetz noch herauszuschälen, kann uns abhalten, es in dieselbe Gruft, wo das Brausteuer- und Wehrsteuergesetz schon ruhen, sofort still beizusetzen. Nur deshalb befürworten wir noch eine commissarische Berathung mit der Bitte, gleich in der ersten Berathung sich darüber klar zu werden, was aus dem Gesetz weiter verarbeitet werden kann und was unmöglich weiter zu bearbeiten ist. Hr. v. Marschall sagt, es ist schon sehr viel geredet worden, es muß etwas geschehen, es muß in dieser Session etwas geschehen. (Sehr richtig! rechts) Der langsame Weg des Aufbaus von unten herauf darf nicht beschritten werden. Er sagt, wer wagt, gewinnt. Dieser Satz: es muß etwas zu Stande kommen, erinnert mich an eine Ueberlieferung aus Volksversammlungen von 1848. Da soll man auch eine Commission niedergesetzt haben mit der Aufgabe: die sociale Frage muß gelöst werden, und wenn die Commission die ganze Nacht aufbleiben sollte. (Heiterkeit.) Wenn man das Beste gewollt hat und nachher das Schlechteste thut, so verdient nicht einmal der gute Wille mehr Lob. Wer nicht von unten aufbaut, der schafft entweder ein Luftgebilde oder sein Bau stürzt wieder ein. Wer wagt, gewinnt: dieses Stichwort finde ich auf Rechenpfennigen, mit welchen die Kinder zu spielen pflegen. Im Spiel mag ja dieser Grundsatz auch eine gewisse Berechtigung haben. Aber schon als Parole für ein Husaren-Regiment erscheint er mir bedenklich. Wenn unsere Husaren einen kühnen Ritt machen in fremdem Land, so pflegen sie doch vorher die Kriegskarten zu studiren. Hr. v. Marschall aber sagt, wir haben ein dunkles Land vor uns, aber wenn wir erst das Gesetz gemacht haben werden, wird uns die Praxis schon den Weg zeigen. Den Standpunkt, wer wagt, gewinnt, mag derjenige einnehmen, der nur seine Person einsetzt. Er paßt aber nicht für einen Gesetzgeber. Wir setzen nicht blos unsere Person ein, sondern wollen ein Experiment machen, dessen Kosten nachher die Arbeiter zu tragen haben werden. Nicht blos etwas Neues soll hier geschaffen werden, sondern das Gesetz würde auch bereits Vorhandenes zerstören. Wir machen aber kein neues Gesetz, wenn wir nicht überzeugt sind, daß damit etwas Besseres geschaffen wird, als schon besteht. Wohin sind wir gekommen, daß wir auf dieser Seite solche Vorhaltungen der Seite machen müssen, die sich die conservative nennt. Es zeigt dies, wohin die conservative Partei unter der Einwirkung des Kanzlers gedrängt ist. Was die Form der Versicherungsanstalten betrifft, so betone ich mit dem Frhrn. v. Hertling die Wichtigkeit der genossenschaftlichen Verbände. Hr. v. Marschall freilich meint, daß auf diesem Gebiet nur die Gesetzgebung fruchtbar wirken könne. Das ist überhaupt der fundamentale Unterschied der conservativen und liberalen Partei; Sie überschätzen die Einwirkung des Zwangs der Polizei und der Bevormundung, während wir auf dieser Seite hochhalten, was die Selbsthilfe, das eigene Interesse, das freiwillige Zusammenwirken leistet. In der Ueberschätzung des Zwanges der staatlichen Organisation trifft eben die conservative Richtung mit der socialistischen zusammen. Nach unserer Auffassung kann der Staat auf diesem Gebiete überhaupt nur sehr wenig und ergänzend wirken, während er sehr viel verderben und zerstören kann. Alles, was das Genossenschaftswesen freiwillig leistet, ist unendlich viel mehr, als was durch dieses Gesetz erreicht werden könnte. Schon diejenigen Genossenschaften, welchen unser Freund, Schulze-Delitzsch vorsteht, haben jetzt einen Jahresumsatz von 2000 Mill. ℳ und 2 Mill. Mitglieder mit 180 Mill. eigenem und 400 Mill. fremdem Kapitale. Was auf dem Gebiete des Krankenwesens und sonstiger Versicherungen die freien Verbindungen geschaffen haben, kann auch nicht genug anerkannt werden. Früher hat man die Knappschaftsverbände als Ausgangspunkt für die genossenschaftliche Regulirung der Altersversorgung hingestellt. Obwohl die Knappschaftskassen eine vollständige Unfall-Versicherung mitenthalten, werden sie in diesem Gesetz als gar nicht vorhanden betrachtet. In welchen Widersprüchen bewegt sich diese conservative Politik! Auf der einen Seite erklärt sie es für ihre Hauptaufgabe, corporative Genossenschaften herzustellen und will durch das Innungsgesetz auf bureaukratischem Wege dergleichen einführen. Durch dieses Gesetz werden überall bereits vorhandene Genossenschaftsbildungen zu Gunsten einer einheitlichen bureaukratischen Schablone zerstört. Hr. v. Marschall stellt es so dar, als ob die Actiengesellschaften sich in das Versicherungswesen eingedrängt haben. Umgekehrt haben die Versicherungsgenossenschaften die Verbindung mit den Actiengesellschaften gesucht, um das Haftpflichtgesetz erfüllen zu können dort, wo ihnen die eigenen Kräfte dazu fehlen. Es giebt combinirte Organisationen der Verbände und der Versicherungsgesellschaften; beispielsweise stehen große Verbände der Spiritusfabriken, der Müller, der Eisengießereien in Verbindung mit der Magdeburger allgemeinen Versicherungsactiengesellschaft der Art, daß die Gesellschaft von dem Ueberschuß eine gewisse Rückgewähr an Prämien leistet und daß bei der Schadenregulirung gemeinschaftliche Organe mit Ausschluß des Rechtsweges entscheiden. Die meisten Versicherungen sind gegen Unfälle aller Art geschlossen, so daß auf großen Gebieten schon jetzt die Regelung dieser Verhältnisse kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Nach der mir zugänglichen Statistik muß ich annehmen, daß überhaupt schon ³/₅ der Arbeiter gegen Unfälle aller Art versichert sind. Bei der Magdeburger Gesellschaft übersteigt die Zahl der gegen sämmtliche Unfälle Versicherten das Doppelte derjenigen, welche blos gegen haftpflichtige Unfälle versichert sind. Das Gesetz will allerdings gewisse Verbände in Verbindung mit der Reichsversicherungsanstalt zulassen, aber nur auf Widerruf und nur nach einer allgemeinen Schablone; ohne Theilnahme an der Schadensregulirung lassen sich solche Verbände weder schaffen noch erhalten. Hr. v. Marschall bemerkt in Bezug auf die Actiengesellschaften, daß sie nicht der Versicherten, sondern nur ihrer selbst wegen da seien, sie dienten nur ihrem Gewinn und nicht dem öffentlichen Interesse. Auch die Motive der Regierung stellen die öffentlichen Interessen den Privatspeculationen der Gesellschaften gegenüber. Wenn ich diese Aeußerungen ernst nehmen wollte, so würden sie beweisen, daß Regierung und Conservative auf demselben Boden stehen wie die Socialisten. Nach unserer Ansicht sind öffentliche Interessen und Privatspeculationen keine Gegensätze, sondern das Privatunternehmen ist diejenige Form, die in der Regel zugleich den öffentlichen Interessen am meisten dient, weil sie die productivste Verbindung von Arbeit und Kapital sichert. Mit demselben Rechte könnte ich sonst auch ausführen, es sei nicht länger zu dulden, daß die Ernährung des Volkes, die Beschaffung von Brod und Fleisch der Speculation der Herren Gutsbesitzer Preis zu geben sei (Sehr richtig! links), man dürfe es den Gutsbesitzern nicht überlassen, ob und wann sie bauen und pflanzen wollen, denn nicht ihre Speculation wobei am meisten Ertrag zu erzielen, sondern nur die Ernährungsinteressen des Volkes dürften maßgebend sein. Auf Grund jener allgemeinen Ausführung könnte ich 10 Mal leichter beweisen, daß man die großen Güter im Lande confisciren muß, als sich damit die Verstaatlichung der Versicherungsanstalten rechtfertigen läßt. (Sehr richtig! links.) Ich stehe freilich auf entgegengesetztem Standpunkte und sage auch hier, daß der Privatbesitz Grund und Boden besser zu verwerthen im Stande ist als der Staatsbesitz, und daß die Concurrenz der Privatunternehmer dafür sorgt, daß auch ihre Privatspeculation schließlich dem öffentlichen Interesse mehr zum Vortheil gereiche als es Staatsver-

waltung und Staatsbesitz thun würde. Entweder sind also solche Sätze nicht richtig oder Sie müssen aus denselben Consequenzen ziehen, die zu ziehen Sie doch den Muth nicht haben. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Wären die Herren so logisch wie Herr Bebel und ich, so müßten sie das einsehen. (Heiterkeit.) Die öffentlichen Societäten sind über das sehr einfache Gebiet der Feuerversicherung von Immobilien kaum herausgekommen und haben sich auch hier nur mittelst großer Privilegien eingebürgert. Das Gebiet der Unfallversicherung ist aber überhaupt von allen Versicherungsbetrieben das schwierigste und für den Staatsbetrieb unzugänglichste. Die Privatversicherungsgesellschaften zahlen erfahrungsmäßig viel mehr, als sie gesetzlich verpflichtet sind. Sie müssen zur Erhaltung ihres Rufs coulant sein, schon der Concurrenz wegen. Die öffentlichen Societäten dagegen müssen sich an die Statuten halten, weil sonst allgemeine Willkür einreißen würde. Nach Einführung des Gesetzes würden wir eine besondere Beschwerde-Commission niedersetzen müssen. Schon das viel einfachere Gebiet des Militärinvalidenwesens bringt uns alljährlich eine große Zahl von Beschwerden. Die Reichsversicherungsanstalt wird nicht blos billig und schlecht, sondern theuer und schlecht arbeiten. Schließlich kommt doch Alles darauf an, wo wird am besten und billigsten versichert. Der Versicherungspreis hängt zunächst ab von dem Maße der Gefahr. Die Reichsanstalt wirkt geradezu polizeiwidrig, weil sie die Gefahren vermehren wird. Die Privatgesellschaften bedingen sich vertragsmäßig Schutzvorrichtungen gegen Gefahren aus und wirken dadurch ebenso wie die eigentliche Feuerpolizei. Ein solches Recht, Vorschriften zu machen in der Hand der Reichsanstalt, würde denselben das Recht geben, überhaupt den Betrieb aller Fabriken im Reich zu regeln, weil bei derselben jede Fabrik versichern müßte. Die Reichsanstalt wird ferner unter ungerechtfertigt hohen Entschädigungsansprüchen zu leiden haben. Das große Reichsfaß anzuzapfen scheute sich, wie der Hr. Generalpostmeister einmal sagte, Niemand. Die behauptete Billigkeit der Reichsanstalt wird darin bestehen, daß Landes- und Communal-Beamten ohne Ersatz die Arbeit übernehmen. Sonst hat man doch immer die Communen entlasten wollen! Die Privatgesellschaften haben billigere Verwaltungskosten, weil dieselben Beamten auch zugleich andere Versicherungsbranchen betreiben. Mit der Auflegung der Lohnbücher werden die Lohnverhältnisse für die Steuerveranlagung so notorisch, wie die Gehälter von den Beamten. Die Verpflichtung, diese Kenntniß geheim zu halten hat keinen Werth, denn der Mann der zugleich an der Steuereinschätzung theilnimmt, kann doch sein Wissen nicht in zwei Theile zerlegen und den Arbeiter niedriger einschätzen, als es nach seiner Einsicht in die Lohnbücher den wirklichen Verhältnissen entspricht. Was das Beitragsverhältniß betrifft, so halte ich dort, wo Unfallversicherung allein in Frage kommt, nach dem natürlichen Interesse der Arbeitgeber, ihre Arbeiter dagegen zu versichern, allein auch die Arbeitgeber für verpflichtet, die Kosten zu tragen. Nur wo kein Monopol und kein Versicherungszwang in Frage kommt, sondern genossenschaftliche Versicherungsverbände unter Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung für Versicherungen über den Kreis der Unfälle hinaus bestehen, halte ich es für gestattet, die Arbeiter zu allgemeinen Versicherungszwecken einschließlich der Unfälle mit Beiträgen heranzuziehen. Die Industrie kann die Kosten der Unfallversicherung vollständig tragen. Beläuft sich dieselbe doch nach mir vorliegenden Policen für den Centner Rohzucker nur auf 4 6/10 ₰, auf die Tonne Bier auf 2¼ oder bei kleinen Brauereien auf 3½ ₰, auf Maschinenfabriken auf 1/250 des Fabrikwerths, in Tuchfabriken auf 1/900 des Fabrikwerths. Wenn die neuere Zollgesetzgebung überhaupt eine günstige Wirkung hat, so in erster Reihe für die Unternehmer. Für die Arbeiter sind Lebensmittel jetzt ohne entsprechende Lohnerhöhung theurer geworden. Sie sind daher am wenigsten in der Lage, Beiträge zu entrichten. (Fürst Bismarck erscheint am Tische des Bundesraths.) Während der Reichskanzler auf der andern Seite vorgiebt, die directen Steuern abzuschaffen, führt er mit der Beitragspflicht für die Arbeiter beispielsweise mit 900 ℳ Jahreseinkommen eine Steuer ein, die höher ist als die gegenwärtige Klassensteuer. Zur Frage des Staatsbeitrages vermag ich nicht zu erkennen, wo überhaupt die Freunde des Reichskanzlers in diesem Hause sitzen. Höchstens Hr. Oechelhäuser hat erklärt, daß er für gefährliche Etablissements eine Staatssubvention zulassen will. Alle Parteien verhalten sich in dieser Frage, welche doch eine Cardinalfrage des Gesetzes ist, ablehnend gegen den Reichskanzler. Die Staatssubvention in diesem Falle ist durchaus keine Consequenz der modernen Armenpflege. Unsere Armenpflege ist individuell, sie unterstützt nur denjenigen, von dem es feststeht, daß er sich selbst unter keinen Umständen das Nothwendigste verschaffen könne, zugleich indem sie dabei seine wirthschaftliche Freiheit beschränkt. Hier aber soll generell eine ganze Arbeiter-Klasse bis zu 750 Mk. Lohn als der Staatsunterstützung von vornherein als bedürftig erklärt werden. Dieser Theil des Gesetzes bezeichnet sich selbst als socialistisches Element. Ich möchte aber die Sachkenntniß des Abg. Bebel anrufen; nach meiner Ueberzeugung ist dies kein Socialismus. (Abg. Bebel: Sehr richtig! Es ist keiner! Heiterkeit!) Dieses Element ist noch schlechter als der Socialismus und Communismus (Sehr wahr! links.) Auch die Socialisten stehen auf dem Standpunkte der Leistung und Gegenleistung, wenngleich sie hierbei einen anderen Maßstab für den Unternehmergewinn und den Arbeitslohn anlegen. Auch der Socialismus will die Kosten der Arbeit aus dem Ertrage der Arbeit bestreiten. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Die Reichsregierung umgekehrt will die Kosten der Unfälle nicht aus den Erträgen der betreffenden Industrie, sondern aus dem allgemeinen Staatssäckel bestreiten. Das ist nicht socialistisch, sondern communistisch. (Sehr wahr! links.) Es ist ein Communismus, so schlecht, wie er bisher noch nicht erfunden war. (Zustimmung links.) Aber hier würde der Zuschuß aus indirecten Reichssteuern zu bestreiten sein, von denen die preußische Regierung selbst anerkennt, daß sie gerade die ärmeren Klassen verhältnißmäßig stärker belasten. Auch die Herren von der conservativen Seite haben mit Recht hervorgehoben, daß dadurch die Arbeiter, die doch viel weniger als 750 Mk. Einkommen haben, in die Lage kommen, mit ihren Steuern zu diesem Zuschuß beizutragen. Aber diese Staatssubvention stellt sich überhaupt nicht als ein Vortheil für die Arbeiter dar. Die Subvention soll ja nur den Arbeitern bestimmter Industriezweige zum Vortheil gereichen. Infolge dessen würden die Arbeiter mit Rücksicht auf diese Subvention mehr geneigt sein, sich diesen Industriezweigen zuzuwenden. Das größere Angebot von Arbeit aber hat allerdings eine Verminderung des Lohnes zur Folge und eben so viel als die Staatssubvention Vortheile bietet. Als in England das Princip der generellen Klassensubvention zur Geltung kam, stiegen die Armenlasten ins Unermeßliche, während gleichzeitig die Löhne sanken. Gewissermaßen ein Theil des Lohnes wurde auf die Armenkassen übertragen. Dieses ist auch hier zutreffend. In Wirklichkeit würde also die Staatssubvention nicht den armen Arbeitern zu Gute kommen, sondern als Subvention der Großindustrie durch den Staat wirken (Sehr richtig! links.) Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die der Großindustrie irgendwie feindlich gegenüberstehen. Ich habe aber ebensowenig Veranlassung, die Großindustrie künstlich von Staats wegen zu subventioniren. Ich halte die sogenannte Nachtwächteridee vom Staate durchaus nicht für richtig, sie ist auch praktisch bei uns nicht eingeführt. Vieles, was vom Staate geschieht, und fast alles, was von den Communen geschieht, stellt Aufwendungen dar, die über den Rechtsschutz weit hinausreichen und eine positive Fürsorge enthalten. So leuchtet z. B. die vom Fortschrittsring verwaltete Stadt Berlin anderen Communen dadurch vor, daß sie den Grundsatz der unentgeltlichen Volksschule zur Wahrheit gemacht hat. Ein solcher Fortschrittsring geht auch noch darüber hinaus, errichtet Turnhallen, Spielplätze, Erholungsgärten, aber er bietet diese Anstalten nicht blos einer einzelnen Klasse, wie hier der Arbeiterklasse, sondern allen seinen Bürgern zur Benutzung dar, schafft also nicht durch solche Einrichtungen Klassengegensätze und Armenklassen unter den Arbeitern. Welche Consequenz hat diese Frage? Hat der Staat für Unfälle gewisser Arbeiter in den Fabriken zu sorgen, so kann er es nicht ablehnen auch für den Armen zu sorgen, der z. B. ein Bein bricht unmittelbar bevor er auf dem Wege zur Fabrik dieselbe erreicht. Warum soll der Staat erst für Frau und Kinder sorgen, wenn der Mann gestorben ist, und nicht auch zu Lebzeiten des Mannes vor Hunger und Noth schützen? Die Motive selbst weisen schon auf Versicherungen gegen Arbeitslosigkeiten hin; wenn der Staat gegen Unfälle versichert, so hat er den Arbeitsunfällen vorzubeugen. Versichert er gegen Arbeitslosigkeit, so hat er die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Damit wären wir denn schon an der Organisation der Arbeit durch den Staat angekommen. Der socialistische Staat erscheint also hier doch schon mehr eingeführt, als ein Flugblatt des Hrn. Hasenclever in Breslau andeutet. Man sagt, der Staat habe die Aufgabe, die Unzufriedenheit zu vermindern, die die socialistische Bewegung hervorgerufen und damit das Socialistengesetz nothwendig gemacht habe. Unzufriedenheit in den unteren Klassen, dort wo sie unberechtigt ist, zu vermindern, haben wir Alle das stärkste Interesse und die größte Verpflichtung, aber nur der Fortschritt der allgemeinen Naturentwickelung, die Selbsthilfe, das freiwillige Zusammenwirken aller dazu Berufenen wird die Arbeiterklassen emporheben. Wer die Abstellung aller Mißstände derart auf den Staat verweist, der bürdet dem Staat Aufgaben auf, die er zu lösen nicht fähig ist. Hat man aber erst einmal die Unzufriedenheit über bestehende Verhältnisse gegen den Staat gelenkt, so giebt man ein Recht, in immer größerem Umfange vom Staat Abhilfe zu verlangen. Je weniger sich der Staat mit der Vermehrung seiner Aufgaben als leistungsfähig erweist, desto mehr wächst seine Verantwortlichkeit in den Augen des Volkes. Zuletzt übernimmt der Staat eine Verantwortlichkeit, die er nicht mehr tragen kann. Wir sind gerade eine staatserhaltende Partei, indem wir die Aufgaben des Staats auf dasjenige beschränken, was er wirklich leisten kann, und von ihm fern halten, Aufgaben, die er nicht erfüllen kann. Die Vorlage ist keine Ausgleichung gegen das Socialistengesetz. Wer dem Socialismus so viel berechtigte Elemente zuerkennt, verliert das Recht, die socialistische Bewegung in dieser Richtung zu unterdrücken. Zwischen dem Programm der Regierung und dem Socialismus bleibt als Unterschied zuletzt nur noch die verschiedene Regierungsform übrig. Der Reichskanzler hat selbst einmal erzählt, daß Ferdinand Lassalle von dem monarchischen Prinzip durchdrungen gewesen sei und sich nur in der Frage unterschieden habe, daß es ihm zweifelhaft gewesen, ob eine Dynastie Hohenzollern oder eine Dynastie Lassalle zu empfehlen wäre. Hier würde dem socialdemokratischen Regierungssystem nur ein socialautokratisches entgegentreten; in Wahrheit läuft aber nach meiner Auffassung auch jede Socialdemokratie auf Socialaristokratie hinaus. Schließlich spitzt sich also der Gegensatz hier dahin zu, wer Kanzler ist; darüber könnte man sich ja am Ende verständigen; denn die Socialisten könnten wie jede Partei mit dem Fürsten Bismarck als Kanzler zufrieden sein, wenn er dabei nur ihre Geschäfte führt. Der besonderen Agitationsmethode der Socialisten gegenüber erscheint das Socialistengesetz ohnedem nicht gerechtfertigt. Zu Klassenhaß, zu Neid, zu Eifersucht wird jetzt in Berlin von ganz anderer Seite aufgestachelt, als es früher die Socialisten gethan. Dieser Tage ließ man in einer solchen Versammlung ungestört dazu auffordern, „die semitische Preßcanaille in der Hasenhaide zu verbrennen"; als aber dann ein anderer Redner sich nur zu der Bemerkung erhob, daß die Socialdemokratie mit der Fortschrittspartei nichts gemein habe, löste der Polizeilieutenant die Versammlung sofort auf, blos aus dem Grunde, weil dieser Redner ihm als Socialdemokrat bekannt sei. Die Unhaltbarkeit des Socialistengesetzes tritt unter diesen Umständen gerade in Berlin am schärfsten in die Augen. Socialisten werden ausgewiesen; aber diejenigen Comités, welche hier die Judenhetze veranstalten, erfreuen sich eines lebhaften Telegrammwechsels mit einer hochstehenden Person. Bei alledem läge es nahe, daß die Arbeiter sich durch die Theorien dieses Gesetzes, zumal sie von der Autorität des Reichskanzlers getragen werden, verlocken ließen. Um so erfreulicher ist es, wahrzunehmen, daß überall, wo Arbeiter sich mit diesem Gesetze beschäftigen, sie auf die Theorien desselben gar nichts geben, sondern einfach ganz nüchtern gegen einander erwägen, was ihnen Vortheil und Nachtheil aus dem Gesetz bringt. So weit die Meinung der Arbeiter zum Ausdruck kommt, wünschen sie mit uns die Reform des Haftpflichtgesetzes, verwerfen aber die Reichsversicherungsanstalt, das Versicherungsmonopol und die Zwangsversicherung, zeigen eine große Liebe zur freien Bewegung, Abneigung gegen den Zwang, Neigung für freie genossenschaftliche Verbände und ein lebhaftes Bestreben, sich selbst zu helfen und auf diese Staatshilfe zu verzichten. Wir haben alle Ursache, sie in diesen Gesinnungen und Bestrebungen der Reichsregierung gegenüber zu erhalten. In der Hauptfrage der Abneigung gegen die Staatssubvention besteht ja auch zwischen den Parteien dieses Hauses kein Unterschied. Auch aus den Kreisen der Arbeitgeber werden immer mehr Stimmen laut, daß dieses Gesetz nicht minder ihren Interessen wie den Interessen der Industrie überhaupt feindlich gegenüber steht. Die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber von beiden Seiten richtig verstanden, sind ja überhaupt mit einander harmonisch. Freilich der Volkswirthschaftsrath erscheint solchen Stimmen gegenüber in einem eigenthümlichen Lichte. Er sollte gerade das Organ derjenigen sein, für welche dieses Gesetz zunächst praktische Bedeutung hat. Nun wird er aus Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen vollständig desavouirt. Der Reichskanzler hat sich allerdings in diesem Volkswirthschaftsrath ein Trompetercorps ausgewählt, aber jetzt zeigt sich, daß hinter dem Trompetercorps keine Truppen stehen. Uebrigens will ich den Mitgliedern des Volkswirthschaftsraths nicht zu nahe treten. Sie wurden überhastet, man hat sie gewissermaßen unvorbereitet überfallen und sie gezwungen, ein Urtheil abzugeben, noch bevor sie sich die Sache ordentlich überlegen konnten. Nicht minder erfreulich ist aber, daß auch diesem Gesetze gegenüber überall im Volke eine selbständige Kritik rege wird. Eine Zeit lang war in weiten Kreisen des Volkes die Meinung verbreitet, alles, was der Reichskanzler unternimmt, muß richtig sein, muß Erfolg haben; weil er auf andern Gebieten Großes geschaffen hat, war man geneigt, ihm eine gewisse Unfehlbarkeit allgemein zuzugestehen. Dieser Glaube hat ihm dazu geholfen, unsere Zollpolitik in ihr Gegentheil zu verkehren. Nachdem die Erwartungen so hoch gespannt waren, stellt sich nun jetzt das Gegentheil heraus, die Last der neuen Steuern übt ihren Druck. Darum fängt man an, jetzt ganz anders über den Reichskanzler zu urtheilen, man ist nicht mehr so geneigt, wie früher, an seine unbedingte Einsicht auf wirthschaftlichem Gebiet zu glauben. Mit einem Worte, er hat auf diesem Gebiete das Prestige verloren. Der Reichskanzler thut sehr viel, um den selbstständigen Geist des Volkes wachzurufen. Seine drei letzten Reden gegen die Richter, die Selbstverwaltung, für den Branntwein haben uns im Lande außerordentlich genützt, wie überall her bestätigt wird. Nachdem das Volk sich nur zu lange gleichgiltig verhalten, fängt es an jetzt an der inneren Politik ein lebendiges selbstständiges Interesse in weiten Kreisen zu nehmen. Von dieser Bewegung hoffen wir, daß sie die Kraft hervorbringen wird, uns zu schützen gegen das dictatorische Regiment, was der Reichskanzler neulich als für unsere Zeit nothwendig hinstellte, daß sie die Kraft haben wird, solche fortgesetzte Experimente an dem Wirthschaftskörper der Nation ein Ziel zu setzen. (Beifall links.)

Fürst Bismarck: Ich will, bevor ich auf die Sache eingehe, nur kurz auf einige der letzten Bemerkungen des Vorredners antworten, weil ich sie bei ihrem geringeren Schwergewicht sonst vielleicht vergessen möchte. Er hat damit geschlossen, daß mein Prestige im Schwinden wäre. Ja, wenn er Recht hätte, möchte ich sagen: Gott sei Dank! Denn Prestige ist etwas furchtbar Lästiges. Ich habe, wie ich sehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Vorredners, als noch mehr Ehrgeiz in mir steckte, Jahre lang ohne jedes Prestige im Gegentheil als Gegenstand der Abneigung, wenn nicht des Hasses der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und gesunder befunden als in den Zeiten, wo ich am populärsten gewesen bin. Das Alles hat für mich keine Bedeutung, ich thue meine Pflicht und warte ab, was daraus folgt. Der Vorredner hat das hauptsächlich damit begründet, daß die Arbeiter den Beistand ablehnen, den ihnen die Reichsregierung zu bringen sucht. Darüber kann der Vorredner noch gar keine Nachricht haben; was die Masse der Arbeiter denkt, das weiß er gar nicht. Er weiß, was die eloquenten Streber, die an der Spitze der Arbeiter stehen, was die erwerbsmäßigen Publicisten, die die Arbeiter als ihr Gefolge brauchen, und die unzufriedenen Arbeiter darüber denken; darüber wird der Herr Vorredner ganz gewiß genau unterrichtet sein. Aber was der Arbeiter im Allgemeinen denkt, das wollen wir abwarten. Wir werden ja bei den nächsten Wahlen die erste Probe davon haben, ob der Arbeiter sich dann schon, geschweige jetzt ein volles Urtheil darüber gebildet hat. — Seit 50 Jahren sprechen wir von einer socialen Frage. Seit dem Socialistengesetz ist es versprochen, es muß auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Socialismus zu beseitigen, das ist bis zu diesem Augenblick an mich toto die herangetreten und ich glaube nicht, daß mit der socialen Frage unsere Söhne oder Enkel vollständig ins Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß. Ich halte es für meinen Beruf, diese Frage ohne Leidenschaft in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn die Reichsregierung es nicht thut. Der Vorredner hat angespielt auf einen angeblich lebhaften Telegrammwechsel zwischen gewissen Kreisen und einer hochstehenden Person, unter welcher Bezeichnung ich mich in diesem Falle verstehen muß. Es ist dies eine sehr einfache Sache; ich bekomme Tausende von Telegrammen, ich bin ein höflicher Mann, ich würde sogar wahrscheinlich dem Hrn. Richter anworten (Heiterkeit), wenn er mich mit einem freundlichen Telegramm beehren wollte, ich kann auf ein freundliches Telegramm zur Begrüßung nur freundlich anworten, ich kann keine polizeiliche Recherche darüber anstellen, welcher politischen Richtung diese Absender etwa sind. Macht es dem Vorredner Vergnügen mich als Mitglied der antisemitischen Verbindung darzustellen, so gönne ich ihm das. Ich habe mich, so viel mir meine amtliche Stellung erlaubt, von allen diesen Bewegungen, die mir nicht erwünscht sind, fern gehalten; ich möchte nur wünschen, daß auch die übrigen Herren und namentlich diejenigen, welche die Regierung und mich mit ihrer besonderen Liebe beehren, sich von aufhetzenden, die Klassen gegen einander aufreizenden Redewendungen mehr als bisher entfernt halten möchten. Wenn wir neulich z. B. von dem Abg. Lasker die Bezeichnung hörten, die wirthschaftliche Politik, welche die Regierung treibe, sei eine aristokratische Politik und damit alles, was zur Aristokratie gehört, dem armen Mann als des Eigennutzes verdächtig denuncirt wird, wie sollen nicht wenn solche Aeußerungen auf antisemitischen Boden fallen, dort die richtigen Repressalien für ein solches Wort gefunden werden, daß man die Politik, die uns entgegensteht, mit einem andern Epitheton, das ich gar nicht aussprechen will, bezeichnet? Wenn nachher eine Zeitung, von der gesagt wird, daß sie das Eigenthum des Hrn. Bamberger sei, von diesem Ausdruck des Hrn. Lasker sagt, daß es eine Columbusentdeckung sei, dieses Wort gefunden zu haben; daß Fürsorge für den armen Mann und Aristokratie nicht in derselben Gedankenordnung neben einander stehen können — ja dann denken Sie sich das umgekehrt im Munde des Antisemiten, was er statt Aristokratie setzen wird. (Beifall rechts.) Der Abg. Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates für das, was er thut, für das Gebiet, welches er vertritt, aufmerksam gemacht. Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das laisser aller — das reine Manchesterthum in der Politik — auf den Staat, namentlich den monarchischen, den landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne; im Gegentheil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutze des Schwächeren perhorresciren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhanges, zur Anbahnung einer Herrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dies Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird. Dem Abgeordneten reicht die Consequenz dieser Gesetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, so werden wir seinen Erwartungen und seinen Wünschen vielleicht entsprechen können, nur nicht zu schnell und nur nicht Alles auf einmal. Daß wir heute nur mit einem Unfallversicherungsgesetze kommen hat seinen Grund darin, daß diese Seite der Fürsorge für den Armen und Schwachen besonders lebhaft in den Zeiten betrieben ist, wo ich diesen Dingen noch nicht näher getreten bin. Ich habe Anfänge dafür schon vorgefunden, es urgirte nach Lage der Akten am meisten. Als ich ihm näher trat, schien mir das Gesetz seiner Theorie nach nicht umfassend genug zu sein; mir ist die Versuchung nahe getreten, in dem § 1 statt „alle Arbeiter" zu sagen: „alle Deutsche". Wenn man diesem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, dann hat die Sache ihre außerordentlichen Schwierigkeiten, und das Erste, was uns da beschäftigt hat und sehr viel ernster beschäftigt, als irgend eine zweistündige Rede irgend eines Abgeordneten thun kann, das war die Frage: wie weit läßt sich das Gesetz ausdehnen, ohne daß wir im Beginn der Gesetzgebung einen Mißgriff thun? Mir lag als Landwirth wohl die Frage nahe, läßt sich das Gesetz auf die Landwirthschaft, der die größte Zahl der Arbeiter in den östlichen Provinzen angehören, ausdehnen? Ich will diese Hoffnung noch nicht ganz aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, einige Worte sagen. Daß die landwirthschaftlichen Gewerbe, soweit sie sich der Maschinen und elementaren Kräfte bedienen, nicht ausgeschlossen sind, versteht sich von selbst. Nun ist aber auch die übrige größere Masse der landwirthschaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maschinen, die nicht von elementaren Kräften, sondern von Pferden, mitunter auch von Menschenhänden geleitet werden, und diese Berührung ist vielleicht eine lebens- und gesundheitsgefährliche; es ist aber außerordentlich schwer den Procentsatz des Beitrages zu fixiren. Wenn ich sage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirthschaft auch schließlich hineingezogen wird, so schwebt mir dabei eine Organisation vor, die so rasch in einer Session nicht hergestellt werden kann, nämlich eine Organisation, daß, die Zweige, die ihre Arbeiter versichert haben, in sich Genossenschaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entschädigungen durch Prämien unter sich aufbringen, und welche zugleich die genügende Controle über ihre Mitglieder dabei ausüben, daß die Einrichtungen so sind, daß der Genossenschaft mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit andern Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Mitgenossen zum Wächter der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es in der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirthschaftende Landwirthschaft wahrscheinlich den richtigen Procentsatz im Wege der Erfahrung finden. Der Mangel an Erfahrungen in dieser Beziehung hat uns ja auch bestimmt in der Frage, wie die Beitragspflicht vertheilt werden soll, vor der Hand sehr vorsichtig zu sein, und ich muß sagen, ich würde meinerseits nicht den Muth haben, das Gesetz weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die es mit sich bringt, ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollen. Wenn die Staatshilfe, sei es in Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in Form des Staates, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Muth haben, für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen. Wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurtheilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitiren. Daß die Last oder der Vortheil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, dadurch erhöht wird, das bestreite ich nicht, nur nicht um dieses volle Drittheil, welches dem Staate zugemuthet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen was ihm in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staate anrechnen, und es fragt sich da, ist diese Differenz des erstrebten Zieles werth, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat. Vor dem Verhungern ist der Arbeiter durch unsere Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll Niemand verhungern; ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl der menschlichen Würde, das nach meinem Willen auch der ärmste Deutsche behalten soll, wach zu erhalten, damit er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat und selbst in den bestverpflegten Gemeinden hat beobachten können, der muß sagen: es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise herunterkommt, daß der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Gar keine. Sobald er aber nur 100 oder 200 Mk. hat, so besinnt sich das Haus, in dem er aufgenommen, schon sehr. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können; wenn nur 5 oder 6 Thaler monatlich gegeben werden, so ist das für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Wir haben also bei diesem Gesetze zunächst das Bedürfniß einer menschenwürdigen Behandlung dieser Sorte von Armen ins Auge gefaßt, und ich werde Hrn. Richter in den weiteren Consequenzen im nächsten Jahre — mag das Gesetz abgelehnt werden oder nicht — vollständig befriedigen in Bezug auf die Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Armen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das nach unserem Vorschlag Staat und Land hineintreten soll. Man kann diese Dinge nicht dadurch von sich abweisen, daß man eine geläufige glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgesetzes empfiehlt, ohne uns nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man sich diese Ausbildung denkt. Damit spielt man den Strauß, der den Kopf versteckt, um die Sache nicht zu sehen. Die Aufgabe der Regierung ist es, den Gefahren, wie sie uns vor einigen Tagen von dieser Stelle hier aus beredtem Munde mit überzeugenden Belägen geschildert wurden, ruhig und furchtlos ins Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen führen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Socialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgiltig. Wenn Sie es Socialismus nennen, so liegt natürlich der wunderliche Hintergedanke darin, die Regierung des Kaisers dieser Vorlage der verbündeten Regierungen gegenüber gewissermaßen in die Schußlinie der Kritik zu stellen, die Hr. v. Puttkamer uns hier über die Bestrebungen der Socialisten darlegte; man sollte daran glauben, das von dieser Vorlage bis zu der Mörderbande von Hasselmann und den Brandschriften von Most und bis zu den Umsturzverschwörungen, die uns vom Wydener Congresse enthüllt wurden (Widerspruch des Abg. Bebel), nur ein kleiner Raum ist, der allmählich auch überschritten wird. Das sind oratorische Ornamente. Man bedient sich dabei der Vielseitigkeit des Wortes „Socialismus". Nach dem Programme der Socialisten ist das eine Bezeichnung, die mit „verbrecherisch" in der öffentlichen Meinung beinahe gleichbedeutend ist. Wenn Hr. Bamberger, der ja an dem Worte „christlich" keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christenthum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen. (Beifall rechts.) Aber umsonst ist der Tod. Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, werden Sie es auch nicht fertig bekommen. Ob die Industrie die ganze Last allein tragen kann, weiß ich nicht; schwerlich geht dies bei allen Industrien. Bei einigen Industriezweigen ginge es, aber nur bei solchen, deren Lohnsätze minimale sind im Verhältniß zu den Gesammtproductionskosten. Ich nenne als solche die chemischen Fabriken und die Mühlen, die in der Lage sind mit 30 Arbeitern bei einem Umsatz von mehreren Millionen ein ganz brillantes Geschäft zu machen; aber die große Masse der Arbeiter steckt eben nicht in solchen aristokratischen Betrieben, womit ich aber keinen Klassenhaß erregen will, sondern sie steckt da, wo der Arbeitslohn 80—90 Proc. beträgt, und ob diese Betriebe dann bestehen können, weiß ich nicht. Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder die Unternehmer legt, halte ich für gleichgiltig. Die Industrie hat ihn zu tragen, und was der Arbeiter beiträgt, das ist doch nothwendig zu den Lasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im Ganzen keine Ersparniß gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohne noch eine Last auferlegen, ja dann muß der Unternehmer die Mittel zulegen, damit er die Last tragen kann oder er geht zu einem andern Geschäft über. Der Vorredner sagte, gerade das sei ein Mangel des Gesetzes, daß dieser Grundsatz nicht vollständig durchgeführt sei. Er thut so, als wenn er gar nicht eingeführt wäre, aber er gilt ja nicht für die Arbeiter, die über 750 Mk. Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht eben auf der Genesis des Gesetzes, daß es so gekommen ist. Es stand ursprünglich im ersten Entwurf, daß ein Drittel der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkt der von dem Staate auferlegten Armenpflege zur Last fallen soll, und es ist kein Grund, diesen Gemeinden resp. der gesammten Armenpflege, denen bisher diese 80 Proc. der vom Haftpflichtgesetz nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk zu machen und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entsprechend der Satz angenommen daß der Armenverband, dem im andern Falle die Verunglückten zur Last fallen würden, 1/3 tragen soll. Dieses Raisonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne so hoch stehen, daß sie, wenn sie verunglücken, dem Armenverbande schwerlich zur Last fallen würden, nicht mit derselben Sicherheit Anwendung. Ich bin sehr gern bereit, diese Beschränkung fallen zu lassen. Nachdem die Gesammtheit des Reichstags aber sich bisher gegen den Staatszuschuß zu meinem Bedauern ausgesprochen hat, würde ich damit dem Gesetz auch nicht mehr Stimmen zusichern. Ich erkläre indessen, daß dies gegenüber der ganzen Theorie die dem Gesetze zu Grunde liegt, kein wesentlicher Punkt ist. Das ist ein Billigkeitsgefühl gegen die Armenverbände ursprünglich gewesen, denen man keine höheren Lasten auferlegen würde, als man ihnen Ersparnisse durch dieses Gesetz ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es stellte sich nachher heraus, daß aus vielen praktischen Beispielen dem Einzelnen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Vertheilung, die in unserer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Last liegt, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt stattfindet. Deshalb schlug ich vor, statt Ortsarmenverband zu sagen: Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang sein Leben geführt, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirthschaftsraths diese Bezeichnung fallen gelassen wurde und statt dessen dem Einzelstaat überlassen bleiben sollte, wie er entweder selbst eintreten wollte als Landarmenverband oder wie er seine Landarmenverbände heranziehen wollte, so ist dies entstanden, daß wir zuletzt auf die reine Staatshilfe hinausgekommen sind. Wir werden ja doch einer Revision unserer Armengesetze überhaupt bedürfen. Wie man das nachher wenden will, ist gleichgiltig. Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, so tief in unser Leben eingreifenden und so wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenstand die Meinungen so sehr weit auseinandergehen und ich bin vollständig darauf gefaßt, daß wir wegen dieser Divergenz der Meinungen in dieser Session einen annehmbaren Gesetzentwurf nicht zu Stande bringen. Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme. Dann würde damit die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs gewiesen werden, und man würde die Versicherung der Privatindustrie vielleicht besser überlassen; denn ich würde nicht den Muth haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Wird der Zwang ausgeschlossen, so ist es nothwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, das wohlfeiler und sicherer ist als jedes, das mit ihm concurrirt. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Concurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von der Gegenleistung als Dividende gezahlt würde und Actien verzinst würden.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Deutschland.

△ **Berlin**, 3. April. Es ist bereits gemeldet, daß der bisherige Director im auswärtigen Amt, Herr v. Philipsborn, für den Gesandtschaftsposten in Kopenhagen ernannt ist. Der bisherige Inhaber dieses Postens, Frhr. v. Magnus, zieht sich in das Privatleben zurück und wird demnächst in Kopenhagen sein Abberufungsschreiben zu überreichen haben. Auch über den vacanten Posten in Stuttgart ist, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, Verfügung getroffen. Der bisherige vortragende Rath im auswärtigen Amt, Wirkl. Geh. Legationsrath v. Bülow, ist bereits zum Gesandten ernannt, so daß es sich für die sicher zu erwartende Uebertragung des Staatssecretariats des Auswärtigen an den kaiserl. Botschafter Grafen Hatzfeldt nur um die Besetzung der Posten in Konstantinopel und Athen handeln würde. — Hinsichtlich der eingetretenen Verhandlungen über den Zollanschluß von Hamburg glaubt man hier

nicht an eine absichtliche oder unabsichtliche Verzögerung bez. der Erreichung von Resultaten. Der hamburgische Senator Sieveking ist hier eingetroffen und zwar, wie vermuthet wird, zur Weiterführung derselben Angelegenheit.

* Der Geh. Ober-Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Brefeld, ist zum Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath und Ministerial-Director für die nicht technischen Angelegenheiten in dem betreffenden Ministerium ernannt worden.

* Der badische conservative Reichstagsabgeordnete v. Marschall soll zum Bezirkspräsidenten von Metz bestimmt sein.

Rußland.

Petersburg, 1. April. Ueber die Veranlassung zur Aufhebung des Postministeriums schreibt man der „K. Z." „aus bester Quelle" Folgendes: Der Postminister Makoff (der inzwischen zum Reichsrath ernannt wurde, während sein Ministerium unter Loris Melikoff gestellt ist) kam kurz nach Alexanders III. Regierungsantritt mit einem Haufen geöffneter Briefe zum Vortrag. Der Kaiser, dieserhalb sehr aufgebracht, soll ihm gesagt haben: „Wenn bis jetzt diese Gemeinheiten vorgekommen sind, so sollen sie von nun an aufhören!" Einige Tage später passirte Makoff ein neues Unglück. Das Telegraphendepartement bedurfte zu Dienstzwecken einer großen Summe, um die es auf dem Dienstwege beim Minister einkam. Die Beamten machten die nöthigen Zusammenstellungen und der Secretär des Telegraphendirectors legte seinem Chef, Lüders, das betreffende Papier vor. Lüders unterschrieb und legte es Makoff vor und dieser setzte natürlich gleichfalls ohne Weiteres seinen Namen darunter. Darauf gelangte die Eingabe an den Kaiser; Alexander III. aber rechnete nach und fand ganz bedenkliche Rechenfehler unter den Zahlen. In derselben Nacht noch wurde die Aufhebung des Ministeriums beschlossen und unterschrieben: Makoff erfuhr davon erst am nächsten Tage. — Der Bruder jenes Sablin, der sich erschoß, ist Oberstlieutenant im Jekaterinslaw'schen Leib-Grenadierregiment. — Der jetzige Hof kauft fast alle an den Anitschkowpalast grenzenden Gebäude an. Auch entferntere oder gegenüberliegende, so z. B. das Hotel Bellevue auf dem Newski Prospect und mehrere Häuser im Tolmasow Peruelok. Der Anitschkowpalast ist nach Newski hin auf der Trottoirseite abgesperrt; Kosaken umreiten denselben fortwährend und Patrouillen des Pawlow'schen Regiments machen die Runde.

* Dem „D. N." meldet man aus Petersburg, 3. April: Dem Vater Russakows wurde gestattet, von seinem Sohne in der Festung Abschied zu nehmen. Dem „Herold" zufolge protestirte der Sohn gegen den Besuch. Unter heißen Thränen versuchte der alte Mann, den Sohn zum Geständniß zu bewegen. Vergebens! Der Sohn antwortete höhnisch und verlangte die Entfernung des Vaters durch die Wache. Schluchzend, und indem er das Zeichen des Kreuzes über dem Haupt des Sohnes machte, ging der Vater. — Eine Bestimmung des Beiraths, betreffend eine scharfe Polizeicontrole über sämmtliche auf den Chausseen ein- und ausgehenden Personen, wurde bereits gestern eingeführt. Die Controle findet durch Polizisten statt, denen Offiziere beigegeben sind. Kosakenpikets weisen alle Passanten von den Nebenwegen auf die Hauptstraßen. Ueber den Modus der Controle bezüglich der mit der Eisenbahn Eintreffenden, ist noch nichts Sicheres bekannt. Dieselbe soll heute beginnen.

Amerika.

Washington, 1. April. Die Schuld der Vereinigten Staaten hat im vergangenen Monat um 6 190 000 Doll. abgenommen. Im Staatsschatze befanden sich ult. Dezember 230 810 000 Doll. (W. T.)

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, den 4. April.

* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, 5. April.] Trockenes, ziemlich heiteres Wetter mit schwacher Luftbewegung, wärmer, jedoch Nachtfrost.

Für heute (Montag) hatte die Seewarte gestern folgende Wetter-Aussichten eröffnet: Rauhes kaltes Wetter mit frischen nordöstlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge, Nachtfrost.

* Aus Warschau ist gestern wieder Steigen des Wassers gemeldet worden. Am Sonnabend betrug dort der Wasserstand 6 Fuß 3 Zoll, gestern 6 Fuß 9 Zoll. Bis jetzt ist dies abermalige Steigen des Wasserstandes jedoch von keiner Bedeutung. Der Nogat-Wasserstand (bei Marienburg 9 Fuß) ist auch schon so gesunken, daß heute dort mit der Aufstellung der Pontonbrücke begonnen werden konnte. Bei Dirschau variirt der Wasserstand zwischen 13¼ bis 14 Fuß, ohne wesentliche Veränderungen zu zeigen. Die Stromschifffahrt ist bis jetzt noch immer schwach. In Graudenz ist am Sonnabend der erste Dampfer aus Danzig angekommen. Wasserstand bei Plehnendorf heute 12 Fuß 4 Zoll Oberpegel, 11 Fuß 5 Zoll Unterpegel. bei Rothebude 9 Fuß 4 Zoll.

* Für das große Kavallerie-Manöver, welches im Spätsommer d. J. im Konitzer Kreise stattfindet, ist nun der Landstrich zwischen Lichnau, Schlagenthin, Gersdorf, Jacobsdorf, Döringsdorf und Konitz in Aussicht genommen. Zum Hauptquartier des Prinzen Friedrich Carl, welcher längere Zeit dem Manöver beiwohnen wird, ist Gr. Paglau bestimmt worden; die Divisionsstabsquartiere werden in Konitz und Jacobsdorf genommen werden.

* Der Kaiser hat mittelst Cabinets-Ordre vom 28. März das Protectorat über die von einem Comité, an dessen Spitze der Oberpräsident Dr. Achenbach steht, begründete König Wilhelm-Stiftung zur Unterstützung erwachsener Beamtentöchter übernommen und zur Abrundung des Grundkapitals der Stiftung 7000 M. geschenkt.

* Mit dem 1. d. M. sind das Reichsgesetz, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 und das Preußische Ausführungsgesetz von 12. März cr. in Kraft getreten. Daraus ergeben sich speciell für Westpreußen gegen die bisher giltig gewesenen Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juni 1875, in Bezug auf die Entschädigungspflicht des Provinzialverbandes, folgende Veränderungen: 1. für die mit der Rotzkrankheit behafteten, auf polizeiliche Anweisung getödteten Pferde ist künftig eine Entschädigung von ¾ (bisher ½) des gemeinen Kaufwerths dem Eigenthümer zu vergüten. Die Entschädigung wird auch für Esel, Maulthiere und Maulesel geleistet. Dieselbe wird auch dann gewährt, wenn das Thier nach erfolgter polizeilicher Anordnung der Tödtung aber vor der Ausführung derselben an der Seuche fällt. 2. Der Provinzialverband ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Gewährung einer Entschädigung für Schafe, welche an der Pockenseuche gefallen sind, zu beschließen, bezw. die Entschädigungspflicht auf kleinere Verbände, jedoch nur mit deren Zustimmung zu übertragen.

* Der bei der hiesigen kgl. Polizeidirection neu angestellte Assessor Herr Gent hat seine Geschäfte bei derselben angetreten.

* Für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1881 ist der Verpflegungszuschuß für Mannschaften der Marine pro Mann und Tag auf 13 ₰ in Danzig, 16 ₰ in Berlin, 18 ₰ in Kiel und 20 ₰ in Wilhelmshaven festgesetzt.

* Der Dampfer „Julius Born" machte heute die erste Fahrt nach Tiegenhof. Die Fahrt nach Elbing ist noch nicht frei, da sich noch zu starkes Eis im Haff befindet.

* Die gestrige zweite Soirée des Mimikers Hrn. Ernst Schulz hatte den Apollosaal bereits so ziemlich gefüllt. Auch an diesem Abend zeigte Hr. Schulz wieder in verschiedenen neuen Darstellungen, insbesondere in der „kleinen Narrenwelt" und den „dramatischen Wandelbildern" seine in dieser Spezialität bisher unerreichte Meisterschaft. Sowohl diese Darstellungen wie der in die angenehmste Form gekleidete, mit harmlosem, gemüthlichen Humor durchwebte Vortrag amüsirten die zahlreichen Anwesenden wieder auf's Beste und hielten die Lachnerven ca. 2 Stunden lang in steter Erregung. Die Palme des Abends trug auch diesmal die „Mondschein-Jungfrau" davon.

* Morgen findet auch in dem v. Conradischen Schul- und Erziehungs-Institut zu Jenkau die öffentliche Prüfung sämmtlicher Schüler und die Entlassung der Abiturienten statt. Diese im Dezember 1879 zur vollberechtigten höheren Bürgerschule erhobene Anstalt zählt jetzt in 5 Klassen 77 Schüler (sämmtlich evangelischer Confession), unter denen sich 56 Institutszöglinge befinden. Abgegangen sind im letzten Schuljahre 16, neu aufgenommen 39 Schüler. Vier Schüler erhielten im letzten Schuljahre das Zeugniß für den 1jährigen Militärdienst, drei andere legten die Abiturientenprüfung ab. Das Lehrerpersonal besteht aus dem Director, 2 Oberlehrern, 3 ordentlichen Lehrern, 1 wissenschaftlichen Hilfs- und 1 technischen Lehrer. Dem soeben erschienenen Jahresbericht über die Anstalt ist ein von Herrn Director Dr. Bonstedt verfaßter Bericht über die Geschichte der Anstalt und ihre Einrichtung sowie über die v. Conradische Stiftung beigefügt.

* Der Inhaber des hiesigen Confections-Geschäftes und der Seidenwaaren-Handlung Ad. Lotzin (Langgasse 76) feierte vor einigen Tagen ebenfalls das 50jährige Bestehen der Firma. Die Handlung wurde etablirt am 31. März 1831 vom Vater des jetzigen Inhabers, der sich noch im Alter von 78 Jahren der besten Gesundheit erfreut.

[Polizeibericht vom 3.—4. April.] Verhaftet: der Droschkenkutscher P. und Kellner S. wegen Widerstandes gegen einen Beamten im Dienst; der Gymnastiker F. wegen Hausfriedensbruchs; der Steinmetz K. und Schlosser K. wegen Sachbeschädigung; 81 Obdachlose, 6 Bettler, 4 Dirnen, 3 Betrunkene, 1 Excedent. — Gestohlen: dem Hofbesitzer A. eine Mulde, enthaltend 23½ Pfd. Butter; der Kutscherfrau K. auf dem Wochenmarkte ein Portemonnaie mit einer Doppelkrone und einer Mark in Kleingeld; dem Schlossermeister S. ein schwarzes spanisches Huhn. — Am 2. April, Abends 10 Uhr 40 Min., fand Frauengasse Nr. 24 ein Schornsteinbrand statt. — Gestern Abend entstand im Hause Krebsmarkt Nr. 4/5 dadurch ein kleiner Brand, daß eine Petroleumlampe zu nahe an einer mit Tapeten bekleideten Schaldecke aufgestellt war und diese entzündet hatte. Die Feuerwehr beseitigte in kurzer Zeit den Brand und jede weitere Gefahr.

Das in der Stadt allgemein verbreitete Gerücht, wonach eine vor Kurzem verstorbene beliebte Persönlichkeit scheintodt gewesen und lebendig begraben worden, was sich durch Wiederausgraben der Leiche bestätigt habe, ist in jeder Beziehung grundlos. Nach den ausdrücklich angestellten Recherchen ist nicht nur der Tod seiner Zeit mit Sicherheit constatirt worden, sondern es ist auch weder in der Nähe des Grabes ein neues Grab gegraben, noch die Leiche selbst ausgegraben worden. Das ganze Gerücht ist eine böswillige oder muthwillige Erfindung und vor mehreren Wochen ganz in derselben Form bereits über einen anderen Verstorbenen in Umlauf gebracht, aber damals nicht geglaubt worden.

Verschwunden: der Barbier Emil Peters seit dem 2. April. Meldungen über den Aufenthalt desselben werden nach dem Polizeiamte erbeten.

8 Dirschau, 3. April. Heute früh brannte das dicht neben der kgl. Maschinenbauanstalt gelegene Gebäude des Bäckermeisters Ronkowski total nieder.

* Der Regierungs- und Baurath Luck, bisher Mitglied der Direction der oberschlesischen Eisenbahn in Breslau, ist als Mitglied an die kgl. Eisenbahn-Direction in Bromberg versetzt, der Baurath Grillo in Thorn und der Eisenbahn-Director Vieregge in Schneidemühl sind zu Directoren der dortigen Eisenbahn-Betriebsämter ernannt.

-w- Aus dem Kreise Stuhm, 3. April. Auf dem am 31. v. Mts. hierselbst abgehaltenen Kreistage wurde von demselben 1) dem Kreisausschusse zum Ankauf von Saatkartoffeln behufs event. leihweiser Verabfolgung derselben an bedürftige Arbeiter und kleinere Handwerker und zur Gewährung von Darlehen zur Beschaffung von Saatgut an kleinere Grundbesitzer, Pächter, sowie an die Besitzergenossenschaft Gr. Brodsende zur theilweisen Deckung der Kosten für den Wiederaufbau der Dampfentwässerungsmühle daselbst 36 000 Mark mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, daß dieselben vorläufig aus den bereiten Kreismitteln entnommen werden und nach Realisirung des Darlehns bei dem Reichs-Invaliden-Fonds in gleicher Höhe durch die zur Grundentschädigung für den Ausbau der Weichselstädtebahn aufgenommenen und nunmehr entbehrlichen resp. für die weiter zu beschließenden Chausseebauten bestimmten 60 000 Mark ihre Deckung finden sollen. — Von dem zur Verfügung gestellten Betrage sollen der Besitzergenossenschaft zu Brodsende, welche seit einer Reihe von Jahren zur besseren Entwässerung ihrer Ländereien eine Dampfentwässerungsmühle unterhält, die im vergangenen Sommer trotz der Mißernte abgebrochen und mit einem Kostenaufwande von 15 000 Mark neu erbaut werden mußte, 4000 Mark gewährt werden. Der Kreishaushalts-Etat für das Wirthschaftsjahr vom 1. April 1881 bis dahin 1882 in Einnahme und Ausgabe auf 124 903 Mk. 99 Pf. festgestellt.

(=) Kulm, 3. April. Die Arbeiten an der Weichselstädtebahn werden nun auch in dem hiesigen Kreise auf das Eifrigste betrieben. Auch die private Baulust regt sich hier in erfreulicher Weise. Es liegt in der Absicht, in unmittelbarer Nähe der Stadt einen großen Ringofen für Ziegelfabrication anzulegen. — Nach dem jetzt ausgegebenen Programm des hiesigen königlichen Gymnasiums betrug die Schülerfrequenz in dem abgelaufenen Schuljahr 367, und im Ganzen 32 Abiturienten entließ das Gymnasium zu den Universitätsstudien. — Der hiesige landwirthschaftliche Verein beabsichtigt aus eigenen Mitteln einen besonderen Molkerei-Inspector für den diesseitigen Kreis anzustellen, und es ist dieser Gegenstand bereits auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht worden.

† Briesen, 3. April. Einen Auswanderer ereilte heute auf dem Bahnhofe Hohenkirch ein tragisches Geschick. Derselbe wollte mit seinem Kinde, das er im Arme hielt, den Zug besteigen, als dieser sich bereits langsam fortbewegte. Er fiel vom Trittbrett und gerieth unter die Räder. Die Verletzungen des Kindes waren so gefährlich, daß es nach zwei Stunden verstarb, während der Vater mehrere Armbrüche erlitt.

Ω Konitz, 2. April. Heute Morgen wurden wir durch Feuerlärm erschreckt; ein in einer Hinterstraße stehendes Haus stand in Flammen. Das Dach desselben stürzte zusammen, bevor die Feuerwehr recht in Thätigkeit kommen konnte. Die Besitzerin des Gebäudes mußte, da die in die oberen Räume führende Treppe gleich Anfangs vom Feuer ergriffen wurde, durchs Fenster gerettet werden. — Nach der in diesen Tagen stattgehabten Kassenrevision der hiesigen Gerichtsvollzieher ergab sich, daß der eine dieser Beamten im verflossenen Geschäftsjahre eine Bruttoeinnahme von über 10 000 Mk. und eine Nettoeinnahme von über 6000 Mk. gehabt hat.

> Bromberg, 2. April. Die Beamten der neuen hiesigen General-Commission sind bereits sämmtlich hier eingetroffen und werden am kommenden Montag in vollem Umfange ihre Geschäfte aufnehmen. — Das erste Holz geht in diesem Frühjahre von der Unterbrahe aus morgen in den Bromberger Kanal. — Die Stäbe und der größte Theil der Offiziere für das hier zu formirende 129. Infanterie-Regiment sind nunmehr vereinigt. Die Bildung des Regiments muß am 9. April beendet sein.

Vermischtes.

Berlin, 3. April. Zu gestern Abend war nach dem Saale der Reichshallen eine Versammlung von ehemaligen Soldaten jüdischer Religion einberufen. Durch eine sehr strenge Controle wurde dafür gesorgt, daß nur Reservisten, Wehrmänner und Veteranen jüdischer Religion, sowie diejenigen Juden, welche als Aerzte, Beamten ꝛc. ihrer Dienstpflicht genügt, Zutritt fanden. Trotzdem und obwohl Berlin überhaupt nur kaum 60 000 Juden zählt, war der Saal von etwa 2000 Personen besucht, darunter Viele, deren Brust mit Kriegsdenkmünzen und mit dem Eisernen Kreuze geschmückt war. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden, Ingenieur Wolfsberg, auf den Zweck der Versammlung widerlegte Redacteur Karfunkel als Referent vornehmlich die Henrici'schen Behauptungen, daß sich die Juden gern vom Militärdienst „drücken", daß sie sich im Feldzuge mit Vorliebe als „Schreiber" verwenden lassen und macht mit Bezug auf Letzteres insbesondere auf die Thatsache aufmerksam, daß man als „Schreiber" sich nicht zu melden hat, sondern kurzweg dazu commandirt wird. Der Referent unterbreitete der Versammlung zur Annahme nachstehende Resolution: „Die am 1. April 1881 im oberen Saale der Reichshallen versammelten ehemaligen deutschen Soldaten jüdischer Religion, über 2000 an der Zahl, weisen mit Entschiedenheit die Schmähungen zurück, welche verleumderischer Weise seit mehreren Jahren von einer rührigen und in ihren Mitteln nicht wählerischen Clique gegen sie ausgestreut sind. Einig in der Liebe zu Kaiser und Reich, sind sie sich bewußt, ihre Pflicht treu erfüllt zu haben und zu erneuter Pflichterfüllung jederzeit freudig bereit zu sein!" — Die Discussion war außerordentlich lebhaft und drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob es überhaupt opportun sei, jene schmutzigen Angriffe einer Antwort zu würdigen. Recht nachdrücklich sprach sich besonders Justizrath Makower gegen eine solche Resolution aus. Die Versammelten hätten kein Recht, hier eine Sonderstellung als Soldaten einzunehmen; die Angriffe seien gegen die Juden als solche und nicht gegen die jüdischen Soldaten gerichtet. Im Uebrigen kämen die Angriffe von einer Seite, die jede Vertheidigung überflüssig erscheinen lasse. In demselben Sinne äußerte sich Justizrath Dr. Meyer. Redner machte insbesondere auch darauf aufmerksam, wie es dem Militärstrafgesetzbuch widerspreche, wenn die Versammelten sich hier als Soldaten mit politischen Dingen beschäftigten, und schloß mit einem formellen Antrage auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung. — Auf der anderen Seite traten namentlich Redacteur Klaußner und Hr. Hofstaedt sehr nachdrücklich für die Resolution ein. Große Sensation erregte namentlich eine Bemerkung des letzteren Redners. „Es nützt gar nichts, so führte derselbe aus, daß Jeder für seine persönliche Ehre seinen Mann steht. Ich habe schon vor 2½ Jahren Herrn Dr. Bernhardt Foerster zu Charlottenburg, Leibnizstraße Nr. 20, auf Pistolen gefordert und hier (einen Brief hochhaltend und sodann auf den Tisch des Präsidiums niederlegend) ist die Abbitte des tapferen Herrn Foerster. Zeugen sind ferner im Saale, welche bekunden können, daß ich auch in diesem Jahre einen Herrn aus Lehrerkreisen fordern mußte und im Besitz einer schmählichen, von mir dictirten Revocation des Herrn bin." Bei der schließlichen Abstimmung wurde der Antrag auf einfache Tagesordnung angenommen.

* Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater war gestern der Schauplatz einer aufregenden Scene, wie sie seit Jahren in Berlin nicht gesehen worden. „Die Teufelsfelsen", Schwank von Oskar Blumenthal, ein Stück von dürftiger Handlung und überaus breitem, mit nicht eben neuen Witzen verzierten Dialog, war trotz mehrfachen Zeichen des Mißfallens glücklich bis zum Beginn des vierten Actes gelangt. Der Schauspieler Ottomeyer war in der Rolle des Hrn. v. Klingg allein auf der Bühne, und seine Worte, vom Publikum als Anspielungen auf die Unzulänglichkeit des Stückes selbst gedeutet, wurden mit Gelächter begleitet. Verletzt trat er an die Rampe und bat das Publikum höflichst, den Schauspieler nicht entgelten zu lassen, was nicht seine Schuld sei. Sogleich beruhigte sich auch das Publikum und das Stück würde wohl ohne weiteren Unfall zu Ende gelangt sein, wenn nicht Hr. Ottomeyer sich hätte beifallen lassen, seinem Selbstgespräch eine Improvisation einzufügen, in welcher er sich darüber beklagte, „den Angriffen pöbelhafter, ungebildeter und parteiischer Leute" ausgesetzt zu sein. Ein allgemeiner Sturm der Entrüstung war die Antwort. Mit verwirrtem Geschrei, das erst nach längerer Zeit verständlich wurde, verlangte das Publikum zuerst, daß das Stück ohne Hrn. Ottomeyer zu Ende gespielt werden, dann, daß derselbe für die unerhörte Beleidigung Abbitte thun sollte. Aber als endlich Hr. Ottomeyer wirklich erschien, vermuthlich um sich zu entschuldigen, konnte er vor dem erneuten Sturm nicht zu Worte kommen und mußte unverrichteter Sache wieder von der Bühne abtreten. Das Publikum verließ endlich das Theater. — Das Stück ist für heute wieder, mit Hrn. Mitterwurzer als Klingg angezeigt. — Hr. Ottomeyer entschuldigt sich in einer Zuschrift an den „B. C." damit, daß er von Blumenthal vor der Aufführung darauf aufmerksam gemacht sei, daß man gegen ihn (Ottomeyer) aus persönlicher Rancüne wahrscheinlich Abends demonstriren würde.

* Wie berichtet wird, ist Szegedin von Hochwasser wieder ernstlich bedroht.

London, 2. April. Der hundertjährige Jahrestag der Geburt Georg Stephenson's, des Erfinders der Locomotive, wird am 9. d. in England durch eine große Festlichkeit gefeiert werden, deren Ertrag der Herstellung und Dotation eines neuen Flügels des Eisenbahnbeamten-Waisenhauses in Derby gewidmet werden soll.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Rom, 4. April. Das heute der Kammer gegebene Finanzexposé des Finanzministers besagt: Das Budget pro 1880 ergab 28 Mill. Ueberschuß; es hätte 53 Millionen ergeben, wenn nicht 25 Millionen Mehrausgaben nothwendig geworden wären. Das definitive Budget pro 1881 schließe nur mit 15 Millionen Ueberschuß ab in Folge der geringeren Ergebnisse der Mahlsteuer und wegen der geringer veranschlagten Einnahmen, welche hoffentlich überschritten werden würden. Italien werde an der Münz-Conferenz theilnehmen. Man hoffe auf derselben eine Uebereinstimmung zu erzielen, um dem Silber eine analoge Wichtigkeit wie dem Golde im Verkehre beizulegen. Die Zollreform liefere bereits ausgezeichnete Resultate, sie müsse vervollständigt werden, insbesondere durch schleunigen Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich und durch definitive Revision des Zolltarifs. Der Minister kündigte Gesetzentwürfe an, betreffend die gleichmäßige Vertheilung der Grundsteuer, die Reform der Verzehrungssteuer und Abänderung der Eisenbahntarife.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. April.

		Crs. v. 2.			Crs. v. 2.
Weizen, gelb April-Mai	218,00	217,00	Ung.6%Goldrente	99,70	99,00
Juni-Juli	218,00	216,50	II.Orient-Anl	60,40	60,20
Roggen			1877er Russen	95,60	95,40
April-Mai	206,00	205,70	1880er „	75,60	75,20
Sept.-Okt.	172,50	172,00	Berg.-Märk. St.-Act.	113,30	113,10
Petroleum pr. 200 ℔			Mlawka Bahn	90,90	90,90
April	24,70	25,00	Lombarden	198,50	196,50
Rüböl			Franzosen	524,50	518,50
April-Mai	51,80	51,10	GalizierSt.-A	119,20	118,10
Sept.-Oct.	54,70	53,90	Rum.6%St.A.	98,70	97,75
Spiritus loco	54,10	53,60	Cred.-Actien	519,00	515,50
April-Mai	55,30	55,00	Disc.-Comm.	179,00	178,20
			Deutsche Bk.	151,40	150,70
4% Consols	101,70	101,60	Laurahütte-Actien	109,40	109,30
3½% Wstpr. Pfandbr.	91,60	91,50	Oestr. Noten	174,60	174,65
			Russ. Noten	210,20	210,00
4% Westpr. Pfandbr.	100,30	100,25	Kurz Warsch.	209,80	209,60
			Kurz London	—	$20,47^5$
4½% Wstpr. Pfandbr.	102,70	102,75	Lang London	—	20,35

Fondsbörse: fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 6. April.

Weizen loco etwas mehr Frage, per Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	126—132℔	225—240 M. Br.	160-235 M. bez.
hochbunt	125—131℔	215—230 M. Br.	
hellbunt	117—128℔	185—220 M. Br.	
bunt	117—126℔	180—205 M. Br.	
roth	117—128℔	185—210 M. Br.	
ordinair	104—129℔	155—190 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 203 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt per April-Mai 204 M. bez. und Gd., 205 M. Br., per Juni-Juli 204 M. Br., 203 M. Gd., per Juli-August 200 M. Gd., per Sept.-Oktober 198 M. bez.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 2000 ℔

grobkörnig per 120℔ 185—190 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar zollfrei 192 M., trans. 184 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 192 M. Br., per April-Mai trans. 183 M. Br., 182 M. Gd., per Mai-Juni trans. 184 M. Br., per Sept-Okt. trans. 159 M. bez.

Erbsen per Tonne von 2000 ℔

weiße Mittel- trans. 145 M.

Wicken per Tonne von 2000 ℔

inländische 140—145 M.

Rübsen loco per Tonne von 2000 ℔

Auf Lieferung per Sept.-Octbr. trans. 237 M. Br., 235 M. Gd.

Wechsel- und Fondscourse. Amsterdam 8 Tage — gem. 4½% Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 105,50 Gd. 4% do. do. do. — Br. 3½% Preuß. Staatsschuldscheine 97,70 Gd. 3½% Westpr. Pfandbriefe, ritterschaft. 91,25 Gd. 4% do. do. do. 100,50 Br. 4½% do. do. — gem. 4½% do. do. Neu-Landschaft 103,00 Br. 5% Danziger Brauerei-Actien-Gesellschaft incl. Zinsen — gem. 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe pari rückzahlbar — gem.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 4. April 1881.

Getreide-Börse. Wetter: schön, Nachts Frost. Wind: Nord.

Weizen loco war zwar in ruhiger Haltung am heutigen Markte, doch wurden zu festen Preisen 520 Tonnen gehandelt. Es waren darunter 350 Tonnen bereits auf dem Wasserwege angekommene Ladungen. Bezahlt ist worden für bunt und hellfarbig krank 107, 108, 115/6, 116/7℔ 160, 165, 171 M., hellbunt krank 115/6, 116, 117, 118, 119, 121, 121/2℔ 175, 176, 177, 178, 179, 180, 185 M., besserer hellbunt 121/2, 122/3, 123, 124, 125℔ 187, 193, 196, 197 M., hochbunt 122/3, 126, 129/30℔ 204, 205, 218 M., extra fein weiß 129/30℔ 235 M. per Tonne. Termine fest gehalten. Transit April-Mai 204 M. bez., 205 M. Br., Juni-Juli 204 M. Br., 203 Gd., Juli-August 200 M. Gd., Sept.-Oktbr. 198 M. bez. Regulirungspreis 203 M.

Roggen loco fest. Inländischer ist nach Qualität 114℔ zu 179 M., 116℔ zu 182 M., 117℔ zu 187 M. per Tonne gekauft. Termine April-Mai Transit 183 M. Br., 182 M. Gd., Mai-Juni Transit 184 M. Br., Sept.-Oktober Transit 159 M. bez. Regulirungspreis 192 M., Transit 184 M. — Erbsen loco polnische Transit Mittel- 145 M. per Tonne bezahlt. — Hafer loco russischer verzollt zu 143, 145 M., extrafeiner zu 159 M. per Tonne verkauft. — Kleesaat loco polnische rothe nach Qualität brachte 76, 89 und 90 M. per 100 Kilo. — Winterrübsen Termine Sept.-Oktober Transit 237 M. Br., 235 M. Gd. — Spiritus loco zu 53,50 M. gehandelt, blieb 53 50 M. Br.

Schiffsnachrichten.

Kiel, 1. April. Der deutsche Postdampfer „Adler" eröffnete heute die regelmäßige Verbindung mit Korsör. Morgen früh trifft der erste dänische Postdampfer hier ein.

Kopenhagen, 1. April. Laut Telegramm aus Dragör von heute Vormittag hat das „Drogden-Feuerschiff" seine Station wieder eingenommen.

Dover, 31. März. Der deutsche Schooner „Seeluft" aus Ellenserdammersiel ist in voriger Nacht bei der Batterie Nr. 2 gestrandet; das Schiff ist stark beschädigt und läuft mit der Fluth voll Wasser; es dürfte total verloren sein. Die Mannschaft wurde durch den Raketenapparat gerettet.

Meteorologische Depesche vom 2. April.

8 Uhr Morgens.

	Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
Mullaghmore	763	O	7	bedeckt	−1	
Aberdeen	769	N	4	Schnee	0	1)
Christiansund	763	WNW	6	wolkig	−3	
Kopenhagen	763	N	2	wolkig	0	
Stockholm	763	NW	2	wolkenlos	−7	
Haparanda	755	W	2	wolkenlos	−15	
Petersburg	—	—	—	—	—	
Moskau	765	SO	1	Schnee	−3	
Cork, Queenstown	758	O	5	heiter	4	2)
Brest	751	O	4	bedeckt	8	3)
Helder	759	NO	5	wolkenlos	3	
Sylt	762	NO	3	wolkig	1	
Hamburg	760	ONO	5	wolkig	1	
Swinemünde	761	NO	5	heiter	1	
Neufahrwasser	762	NNO	2	heiter	1	
Memel	761	NNO	1	halb bed.	−1	
Paris	751	NO	1	bedeckt	10	
Münster	756	ONO	6	Schnee	1	4)
Karlsruhe	753	NO	1	bedeckt	7	
Wiesbaden	756	NO	2	Regen	6	
München	754	W	4	Dunst	4	
Leipzig	756	ONO	2	bedeckt	3	
Berlin	758	NO	2	bedeckt	2	
Wien	758	SO	2	Regen	6	
Breslau	756	O	2	bedeckt	3	
Ile d'Aix	751	SW	3	bedeckt	12	
Nizza	754	NW	1	Dunst	14	
Triest	754	still	—	Regen	1	

1) Seegang leicht. 2) Grobe See. 3) Seegang leicht. 4) Graupeln.

Deutsche Seewarte.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

Vom 3. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beaufort's Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht 9 = äusserst hoch.
Memel	762,8	NNO	4	halbbed.	−6	3
Neufahrwasser	763 7	NNO	4	heiter	−2	5
Swinemünde	765,4	NO	6	wolkig	−2	4
Kiel	766,5	ONO	2	wolkig	−1	—
Skagen	766,6	WSW	3	wolkenl.	−3	1
Kopenhagen	767,1	NO	4	wolkenl.	−3	—
Bornholm Hammer	766,4	NO	4	wolkenl.	−2	—
Stockholm	765,1	WSW	2	wolkenl.	−9	—
Riga	762,1	N	1	wolkig	−7	—

Der Barometer ist in Deutschland gestiegen, in England wenig verändert. Das Minimum am biscayschen Meerbusen scheint südostwärts fortzuschreiten, das Maximum befindet sich auf der Nordsee. Bei Scilly und auf dem Canal Oststurm; an der deutschen Küste mässiger bis starker Nordost. Wetter an der Küste trocken, rauh; im Süden Regen oder Schnee.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

vom 4. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beauforts Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht 9 = äusserst hoch.
Memel	766 0	ONO	1	heiter	−5	1
Neufahrwasser	766,8	NO	1	heiter	−2	—
Swinemünde	766,6	SO	1	halbbed.	−2	1
Kiel	765,6	WSW	5	heiter	−1	–
Skagen	768,0	NNO	4	wolkenl.	−2	4
Kopenhagen	764 7	W	4	bedeckt	0	
Bornholm Hammer	765,4	SW	2	bedeckt	−1	-
Stockholm	764,9	SW	2	halbbed.	−2	—
Riga	767,1	Windst.	0	wolkenl.	−8	—

Der Barometer ist über England etwas, über Nordnorwegen stark gefallen, über Centraleuropa meist etwas gestiegen. Minima in Nordnorwegen und über dem biscayischen Meerbusen. Bei Scilly Ostnordoststurm, auf dem Canal stürmischer Ost, an der deutschen Küste leichte umlaufende Winde mit trockenem Frostwetter. In Süddeutschland starke Regen- und Schneefälle.

Meteorologische Beobachtungen.

April.	Stunde.	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
3	12	763,1	−1,5	N, frisch, bezogen.
4	8	765,2	−2,5	NOlich, still, hell u. wolk.
	12	765 8	−1,5	ONO, mässig, hell u. klar.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Röckner, für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten: A. Klein, für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, alle in Danzig.

Heute Morgens 4¼ Uhr wurde meine geliebte Frau **Rose**, geb. **Reichenau**, glücklich von einem gesunden und kräftigen Jungen entbunden.
Danzig, den 3. April 1881.
Stadtrath **Hinze**.

Heute, Morgens ½7 Uhr, verstarb zu Danzig nach kurzem, aber schwerem Leiden im 34. Lebensjahre meine innig geliebte Frau **Wanda,** geb. Lademann.
Dies zeige ich, zugleich im Namen meiner 5 Kinder, tief betrübt an.
Lindenbusch, Kreis Schwetz, den 3. April 1881.
R. Siewert,
Königlicher Oberförster.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. April, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhofe zu St. Salvator in Danzig vom Leichenhause aus, statt.

Heute Abend 7¾ Uhr verschied sanft nach vierzehntägigem Leiden unsere liebe Tochter
Charlotte.
Ohra, den 2. April 1881.
Großkopf, Pfarrer, und Frau.

Fortsetzung der
Auction
im städtischen Leihamt zu Danzig, Wallplatz 14.
Dienstag, den 5. April cr., Vormittags von 9 bis gegen 1 Uhr mit verfallenen Pfändern, welche innerhalb Jahresfrist weder eingelöst noch prolongirt worden sind, bestehend in Kleidern, Wäsche, diversen Zeug-Abschnitten, Stiefeln 2c. (2740
Danzig, den 11. März 1881.
Das Leihamts-Curatorium.

Auction.
Am 5. April cr. Vorm. 10 Uhr werde ich in meinem Auctionslocale **Pfefferstadt 37** im Wege der Zwangsvollstreckung diverse birkene u. mahagoni Spinde, Tische, Sophas, Stühle, Spiegel, ferner Regulatoren, Stutz- und Schiffsuhren, Bronce- u. Gypsfiguren, Nähmaschinen, Blumentöpfe, 1 silberner Aufgebelöffel, ½ Dutzend silberne Theelöffel, 1 Aquarium, 1 Goldfischbassin, 1 Tombank,
sowie
1 eisernen Bratofen, 1 Wringmaschine gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern.
Petersson,
Gerichtsvollzieher, Pfefferstadt No. 37.

Auction.
Mittwoch, den 6. d. M., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Hause Heiligegeistgasse No. 109 im Wege der Zwangsvollstreckung mahagoni und birkene Möbeln, als: 1 Sopha mit Lederbezug, 1 Sophatisch, 1 Kommode, 1 Repositorium mit Glasfenster, 1 kl. Tisch, 1 Kleiderspind, 1 Wäschespind, eine Standfigur aus Gyps, 1 Frisir-Spiegel mit Console, 1 Schiffsuhr, einen Kleiderhalter, 1 Bettgestell gegen sofortige baare Zahlung meistbietend versteigern. (3577
Wadehn,
Gerichtsvollzieher,
Heil. Geistgasse No. 25.

Auction 3. Damm Nr. 10.
Mittwoch, den 6. und Donnerstag, den 7. April, Vormittags 9 Uhr, werde ich im Auftrage der Frau **Henriette Götz** nachstehende verfallene Pfänder gegen baare Zahlung meistbietend verkaufen: Bett-, Tisch- und Leibwäsche, Herren- u. Damenkleider in allen Stoffen, Rester Tuche, Fußzeug, herrschaftliche Betten, 1 Leierkasten, Gold- und Silbersachen, Herren- u. Damenuhren pp. wozu einlade.
W. Ehwaldt,
Taxator und Auctionator.
Bureau: Altstädtischen Graben Nr. 104.

Während meiner Abwesenheit werden
Herr Dr. Lenzner,
Jopengasse 13,
Herr Dr. Maßmann,
Langgarten 45,
mich zu vertreten die Güte haben.
Dr. Stark.

Ich wohne jetzt
Altstädtischen Graben 94.
Musiklehrer **Alexander Goll.**

Von heute ab ist
Langgasse Nr. 51
unser Comtoir.
Voigt & Mangelsdorff.

Fetten
Räucherlachs,
amerik. Lachs,
marinirt in Oel,
conserv. Hummer,
feinste Qualität,
empfiehlt
F. E. Gossing,
Jopen- u. Portechaisengassen-Ecke No. 14.

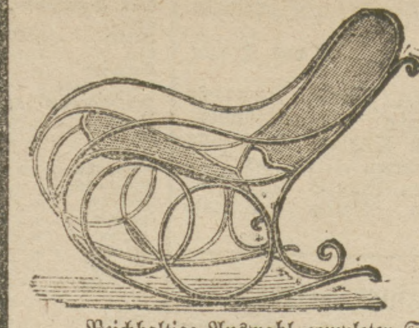
Marienburger Pferde-Lotterie. Ziehung 29. April. Loose à ℳ 3.
Königsberger Pferde-Lotterie. Ziehung 4. Mai cr. Loose à ℳ 3.
Inowrazlawer Pferde-Lotterie. Ziehung 27. April cr. Loose à ℳ 3.
Stettiner Pferde-Lotterie. Ziehung 24. Mai cr. Loose à ℳ 3.
Mecklenburger Pferde-Lotterie. Ziehung am 25. Mai cr. Loose à ℳ 3.
Casseler Pferde-Lotterie. Ziehung 1. Juni cr. Loose à ℳ 3, bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.
Vorrath an Königsberger Loosen nur noch gering.

Hotel du Nord.
(Apollo-Saal.)
Dienstag, den 5. April, Abends ½8 Uhr:
Dritte und letzte
Soirée von Ernst Schulz.
PROGRAMM:
„Ueber Land und Meer", Darstellung der verschiedenen Völker und Nationen der Erde." — „Vorführung berühmter Zeitgenossen." — Darwin'sche Studien." — „Dramatische Wandelbilder und physiognomische Erinnerungen an alte Bekannte.
Billets zu numerirten Plätzen à 2 ℳ u. 1 ℳ 50 ₰, zu nicht numerirten à 1 ℳ, (für Schüler und Schülerinnen a 50 ₰) sind außer Abends an der Kasse vorher in der Buch- und Musikalien-Handlung von **F. A. Weber**, Langgasse, zu haben. Einlaß **7 Uhr.** (3554

Oberhemden
vom Lager und auf Bestellung nach verschiedenen **ganz neuen Systemen** unter **Garantie des Gutsitzens**, empfiehlt zu sehr billigen Preisen
Ludwig Sebastian,
Leinen- & Federnhandlung, Wäschefabrik,
Wollwebergasse 15.
Gewaschene Oberhemden mit leinen Einsatz
à 3 Mark.

Die persönlich gewählten
Neuheiten
für die
Frühjahrs- und Sommer-Saison
erlaubt sich ganz ergebenst zu empfehlen
Maria Wetzel,
Langgasse No. 4, 1 Treppe.
Atelier zur Anfertigung von Damengarderobe jeder Art, vom einfachsten bis elegantesten Genre.

Mein Lager von Stoffen zu
Anzügen, Paletots und Beinkleidern
halte angelegentlichst empfohlen.
Anfertigung von **Herren-Garderobe und Wäsche** unter vorzüglichster Ausführung bei elegantestem Sitz.
Lager
von englischen Reisedecken, Plaids, Regenmänteln, Regenschirmen, Kragen und Manschetten, Unterbeinkleidern, Hüten und Mützen, Cravatten 2c.
Paul Dan, Langgasse 55.



Möbel-Magazin
von
A. F. Sohr
Große Gerber-Gasse No. 11 & 12.
Reichhaltige Auswahl completer Salon-, Speise-, Herren-, Damen- und Schlafzimmer-Ameublements bei sauberer, stylvoller Ausführung in jeder Holzart zu den billigsten Preisen.
Vollständige Zimmer-Einrichtungen mit Portieren, Doppel-Gardinen 2c., fertige nach wie vor; für deren Ausführung meine Fachkenntnisse genügende Bürgschaft gewähren. Hochachtungsvoll
A. F. Sohr.

Meine directe Abladung
Prima
Messinaer Apfelsinen und Citronen
per Dampfer „Adolph Meyer" ist eingetroffen.
A. Fast,
Langenmarkt No. 33|34.

Die längst erwartete directe Ladung
Messina-Aepfelsinen und Citronen
per Dampfer **Adolph Meyer,**
ist heute hier eingetroffen.
Friedrich Garbe.

Zum Umpflanzen von Topfgewächsen (dazu passende Blumen-Erde wird geliefert) empfiehlt sich
F. L. Hartung,
Langgarten Nr. 49

Suche für meine Colonial- und Delicateß-Waaren-Handlung einen Lehrling, Sohn achtbarer Eltern.
A. W. Prahl,
Breitgasse 17, Ecke der Faulengasse.

Mit dem heutigen Tage habe ich meine seit einer Reihe von Jahren bestehende **Restauration, Kohlenmarkt No. 34, neben dem Stadttheater,** an Herrn **Hugo Schwarzkopf** abgetreten und bitte hiermit meine werthen Kunden und Gönner, das mir in so reichem Maaße bisher geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.
Danzig, den 1. April 1881. (3510
Rudolph Heyn.

Bezugnehmend auf Obiges bin ich hiermit so frei, dem geehrten Publikum mein neu übernommenes Restaurant
Kohlenmarkt No. 34, neben dem Stadt-Theater,
dem gütigen Wohlwollen bestens zu empfehlen. Dasselbe wird in unveränderter Weise fortgeführt und mit Hilfe langjähriger Erfahrungen in dieser Branche stets nur gute Speisen und Getränke liefern.
Danzig, den 1. April 1881. Hochachtungsvoll
Hugo Schwarzkopf,
in Firma: **Rudolph Heyn Nachfolger,**
seit acht Jahren Inhaber des Circus-Restaurants.

Meinen mit den gelesensten Zeitschriften aus der deutschen, englischen und französischen Literatur versehenen
Journal-Lesezirkel
empfehle ich zu gefälliger Benutzung. **Eintritt täglich. — Prospecte gratis.** (3272
L. Saunier's Buch- und Kunsthandlung.
A. Scheinert in Danzig.

Zur Saat!
Vorzügliches seidefreies Rothklee, Weißklee, Schw. Klee, Tannen- oder Wundklee, Thymothee, Reygräser, Seradella, Spörgel, Senf, blaue und gelbe Lupinen, Erbsen, Wicken, Leinsaat, Sommerrübsen 2c. offerire in besten Qualitäten billigst
Julius Itzig,
Hundegasse 96.

Grosse Auction
im deutschen Gesellschaftshause, Heiligegeistgasse No. 107.
Dienstag, den 5. April cr. und am folgenden Tage, von Vormittags 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage des Herrn Emil Schmidt wegen Domizilveränderung die ganze Wirthschafts-Einrichtung aus 4 Etagen, bestehend in:
mahagoni Sophas mit Plüsch-, Leder- u. Damastbezügen, 1 Polisander-Flügel, 7 Oct., **1 mahagoni Instrument (Tafelformat), ein Billard mit Marmorplatte und Zubehör, ein ganz neues französisches Tivoli-Billard, mit 11 Bällen darauf zu spielen,** 50 mahagoni und 70 eschene Rohrstühle, 24 Wienerstühle, 4 Hochrahmspiegel in Bronce-Rahmen mit Marmorconsolen, Spiegel in Bronce- und Mahagoni-Rahmen, 4 Sophaspiegel, 8 massiv mahagoni und 10 massiv eschene Tische, 26 lackirte Tische, mahagoni Sophatische, mahagoni und birkene Komoden, 2 Glasschränke, 1 Serviettenpresse mit Spind, diverse Kleiderschränke, **1 Schreibsekretär, 1 mah. Buffet mit Tombank, sehr schön gearbeitet,** 2 eschene Buffets mit Tombank 1 großer runder Familientisch (mahagoni), 4 Kronleuchter zu Gas- und Petroleumeinrichtung, **1 Bierapparat mit 2 Leitungen,** Kleiderständer und Wandkleiderhalter, **1 Telegraph mit Sprachrohr, ein großes Oelgemälde (Gambrinus),** div. Bilder, Lamberquins mit und ohne Gardinen, Tisch-, Wand- und Hängelampen. Eine Partie Marmorsachen, bestehend in: Tafelaufsätzen, Urnen, Blumen-Vasen, Fruchtschaalen und Aschschaalen, Gypsfiguren, Schirmhalter; ferner **1 Nähmaschine,** Küchenschränke, Regale und die Keller- und Boden-Verschläge 2c. (3328
öffentlich meistbietend versteigern. Die Besichtigung ist Montag, den 4. April, von 2 bis 6 Uhr gestattet.
H. Zenke,
vereidigter Gerichts-Taxator und Auctionatar,
Am Spendhaus 3.

Seine Maschinen-Bauanstalt u. Metallgießerei
empfiehlt [7646
J. Zimmermann, Danzig, Steindamm 7.

Neueste
Promenaden-Fächer
und
Sonnenschirme
in reichster Auswahl empfehle zu billigen Preisen. (3502
Julius Konicki.

Restaurant
Rud. Heyn Nachfl.,
(neben dem Stadttheater.)
Frische Krebssuppe.

Restaurant
Rud. Heyn, Nachfl.,
(neben dem Stadttheater.)
Von heute ab verzapfe neben **Danziger Actien- & Pilsener Bier** noch **echt**
Kulmbacher Bier.

Stearinkerzen
6, 8 und 12 pro Pack, verkaufe um zu räumen das Pack mit 40 ₰, bei 10 Pack billiger. (3535)
A. W. Prahl,
Breitgasse 17, Ecke der Faulengasse.

Kleesaaten
in allen Farben gereinigt, und seidefrei, Thymothee, Raygras, Saatwicken, Lupinen empfiehlt billigst
Albert Fuhrmann,
Hopfengasse 28.

Prima 1875 Brabanter Sardellen offerirt billigst
Rudolph Hardt,
II Damm 10.

Eine fast neue Droschke
(leichtes Gefährt) ist wegen Mangel an Platz preiswerth zu verkaufen. Näher. Holzmarkt 23.

Heringe
zu 1,25 — 1,50 ₰ per Schock, 3 bis 4 Stück 10 ₰ empfiehlt die Heringshandlung Näthlergasse 1.

Auf ein hiesiges Grundstück Werth 6000 ℛ werden 666 ℛ hinter 2700 ℛ von Selbstdarleih. sofort gesucht Pfefferstadt 42 3 Treppen.

Ein Conditorgehilfe
selbstständiger Arbeiter, der im Garanired, Backen und Marzipan tüchtiges leisten kann, findet dauernde Stellung. Adress. unt. 3589 in der Exped. d. Ztg. einreich.

8⁰ % Brennspiritus (Nachlauf) per Liter 50 ₰ bei 10 Liter 40 ₰.
Bernhard Braune.

Alte Münzen u. Medaillen
werden von einem Sammler zu kaufen gesucht. Adressen werden in d. Exped. dieser Zeitung unter 3486 erbeten.

Mit ca 3000 ℳ baarer Casse wird irgend ein gut rentirendes Geschäft zu übernehmen gesucht. Material und Schank wird bevorzugt.
Offerten erbittet — **E. Schulz,** Hundegasse 39.

Ein junger Mann,
mit sämmtlichen Comtoirarbeiten vertraut, findet in meinem Wein-Geschäft sofort Stellung.
C. H. Kiesau.

Ein junger Mann, 31 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, sucht von sofort Stellung als Inspector auf einem Gut unter Leitung des Prinzipals. Adressen unter 3588 in der Exped. d. Ztg. erb.

Langgarten Nr. 37
ist die Wohnung, das ganze Haus umfassend, (6 Zimmer, Badeeinrichtung 2c.) mit Garteneintritt, per 1. April zu vermiethen. Besichtigung 11—2 Uhr.

Eine Dame, welche den Tag über im Geschäft ist, wünscht eigen. Zimmer m. Pension, mögl. nahe der Langgasse. Adressen unt. 3524 in der Exped. d. Zeit. erbeten.

K.V.D.
Kaufmännischer Verein.
Billete zu der letzten morgen Abend um 7 Uhr im Apollosaale stattfindenden vorzüglichen Vorstellung des Mimikers Herrn Schulz sind für die Mitglieder und deren Angehörigen zu haben bei Herrn E. Haak, Wollwebergasse 8.
Der Vorstand.

Kinder-Halte-Verein.
Zu der **Mittwoch, den 6. April, Nachmittags 5 Uhr, im Saale der Herberge zur Heimath** stattfindenden
Generalversammlung
werden die Mitglieder ergebenst eingeladen mit der Bitte, die Controlbücher mitbringen zu wollen. [3578
Collin.

Appell
Montag den 4. April cr. bei Frank, Brodbänkengasse 44. (3464

Dienstag, den 5. April, Abends 8 Uhr, hält **Mr. Moung Edwin** aus Birmah (eingeborner Karene) im Saale, Schüsseldamm 42, 1 Treppe einen **Vortrag über Heidenmission.** Verdeutscht von P. Willrath. Der Zutritt steht Jedem frei.
A. Penski.

Danziger Männer-Gesangverein.
Den **activen** Mitgliedern zur Nachricht, daß die Billets zum Concerte in der morgen Dienstag, den 5. d., Abends 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause stattfindenden Generalprobe ausgetheilt werden. (3581
Der Vorstand.

Caféhaus zur halben Allee.
Dienstag, den 5. April cr.:
Kaffee-Concert
unter Leitung des Musik-Direktors Herrn **F. Keil.**
Anfang 4 Uhr. Entree 10 ₰.
Kinder frei.
J. Kochanski.

Am Charfreitage,
den 15. April, Abends 7½ Uhr, gelangt in der St. Marienkirche das neue Oratorium:
Die Worte unsers Erlösers am Kreuze
für Soli, Chor, Orchester und Orgel von **G. Jankewitz** zur Aufführung. Die Soli haben gütigst Frau **Küster**, Frau **Schuricht, G. Stolzenberg, H. Reutener,** Orgel: Herr Musikdirector **Markull,** übernommen. (3547

Danziger Männer Gesang-Verein.
Mittwoch, den 6. April cr., Abends 7¼ Uhr, im
Friedrich-Wilhelm-Schützenhause:
Concert
zum Besten des Armen-Unterstützungs-Vereins,
Billete für numerirte Sitzplätze a ℳ 1,50 und a ℳ 1, sowie für Sitzplätze a ℳ 0,75 sind in
F. A. Weber's Buch- und Musikalien-Handlung,
78 Langgasse No. 78
zu haben.
Der Vorstand.
Oscar Gamm. Walter Kauffmann. J. v. Kiselnicki.

Apollo-Saal.
Freitag, den 8. April cr.,
Abends 7½ Uhr,
Concert
des
Jean Becker-Quartett.
Piano: Fräul. **Jeanne Becker.**
Violine: Herr **Jean Becker.**
Bratsche: „ **Hugo Becker.**
Cello: „ **Hans Becker.**
1. Clavierquartett, C-dur, op. 66. . . . . Rubinstein.
2. a. Religioso . . . Gottermann. } für Cello
b. Farantella . . . Fischer.
3. a. Gavotte . . Silas.
b. le rossignot } für Piano Lißt.
c. Caprice . Raff.
4. Streichtrio, C moll, op. G-dur 3 . . . Beethoven.
5. Elegie f. Bratsche . . . Vieuxtemps.
6. Romanze u. Humoreske für Violine . . . Jean Becker.
7. Menuett für Clavierquartett arr. . . . Boccherini.
Billets à 3 ℳ, Stehplätze à 2 ℳ, Schüler-Billets à 1 ℳ sind bei **Constantin Ziemssen,** Musikalien-Handlung, zu haben.

Stadt-Theater.
Dienstag, den 5. April. 128. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie grün. Zweites Gastspiel der Kgl. Sächsischen Hofschauspielerin Frl. Pauline Ulrich vom Hoftheater in Dresden. **Das Glas Wasser.** Lustspiel in 5 Akten von Scribe. (Mittelpreise.)
Herzogin von Marlbourough . . . . Fräulein Pauline Ulrich.
Mittwoch, den 6. April 129. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie grün. Zum Benefiz für Herrn Starke, neu einstudirt: **Das Glöckchen des Eremiten.** Komische Oper in 3 Acten von Maillart. (Mittelpreise.)

Wilhelm-Theater.
Dienstag, den 5. April 1881.
Blaubart.
Komische Oper in 4 Acten von Meilhac und Halevy. Musik von J. Offenbach.

Eine silb. Bleifeder mit e. lila Stein, A. G. ist Sonntag Heil. Geistgasse oder **Schröder**, Jäschkenthal verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben Heil. Geistgasse No. 132.

Brief unter alter Adresse sofort abholen. Weib. Unth.
Mercur.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 12723 der Danziger Zeitung

Danzig, den 4. April 1881.

Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Der Abg. Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungsgesellschaften geführt, die zerdrückt, zermalmt werden würden; er hat gesagt, daß diese Versicherungsgesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger (Heiterkeit); wenn sie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, so ist das eine geschickte Operation. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung solcher Versicherungsgesellschaften auf Actien zu opfern bereit halten, habe ich nie geglaubt; ich würde mich auch schwer davon überzeugen (Abg. Bebel: Sehr gut!). Und für solche Privatversicherungsgesellschaften, die in Concurs gerathen können, auch bei guter Verwaltung, durch Conjuncturen, die genöthigt sind, ihre Beiträge so einzurichten, daß noch für den, der sein Kapital dazu hergiebt, etwas übrig bleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und auch die Hoffnung auf Dividende, — können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen. Das Correlat für den Zwang bildet die Uebernahme der Versicherung durch den Staat. Dieser Drittelbeitrag des Staats ist ja viel geringer, wie ich schon gesagt habe, als er aussieht, weil dafür den Staatsorganen, auf die der Staat die ihm obliegende Armenpflege abgebürdet hat, doch auch sehr wesentliche Leistungen abgenommen werden. Ist dies Communismus, wie der Vorredner sagte, nicht Socialismus, so ist das mir wiederum gleichgiltig, ich nenne es immer wieder praktisches Christenthum in gesetzlicher Bethätigung; aber ist es Communismus, dann ist der Communismus ja längst in den Gemeinden im höchsten Maße getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang Der Vorredner sagte, daß auf diese Weise die unteren Klassen durch indirecte Steuern belastet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, was geschieht denn Anderes in den großen Städten, in dem nach seiner Meinung vom fortschrittlichen Ringe so glänzend verwalteten Berlin? Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende, der morgen sein Bruder sein wird, wenn er wegen der Miethssteuer ausgepfändet wird, in der Miethssteuer den Beitrag aufbringen muß, um diesen Armen zu verpflegen. Das ist viel härter, als wenn der aus der Tabakssteuer oder Branntweinsteuer käme. Der Vorredner hat gesagt, ich hätte eine Rede gegen die Branntweinsteuer gehalten. Das ist mir wirklich nicht erinnerlich." Ich habe immer den Tabak und den Branntwein als die Gegenstände zu stärkerer Belastung genannt, ich habe nur in Zweifel gezogen, ob es nützlich ist, den Branntwein im Fabrikationsstadium zu besteuern oder in einem andern Stadium zu treffen. Der Abgeordnete hat also — gewiß unfreiwillig — einen Irrthum begangen, indem er das gleichstellte. Indessen der Irrthum macht sich, indem er später in vielen Blättern, auf die der Abgeordnete Einfluß hat, ohne Widerlegung gedruckt erscheint, doch nicht übel im Eindruck. Auf die Fehler des Haftpflichtgesetzes will ich nicht weiter zurückgehen. Die unerwartet nachtheiligen Wirkungen desselben, die zahlreichen aus der Haftpflicht entstehenden Prozesse, die einen ganz ungewissen Ausgang haben, welche das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht verbesserten, namentlich wenn Winkeladvokaten die Unzufriedenheit im Interesse der Wahl noch schürten — alles das veranlaßte mich, ein leichter fungirendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist und die Frage, ob ein Verschulden vorliegt, nicht untersucht wird. Wir haben es hier nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu thun, sondern mit dem Schutze eines ohne das Gesetz ziemlich wehrlosen Theils der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens, gegen die Folgen von Unfällen und gegen die Härten der Situation eines der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen. Ich gehe auf den Vorwurf des Communismus nicht weiter ein, ich möchte nur bitten, daß man sich in Fragen wie diese, wo wir wirklich alle unsere Wege noch nicht sicher vor uns liegen sehen, sondern sie eben mit Stab und Sonde mühsam erforschen, daß man da doch nicht alles aus dem Gesichtspunkte der Parteitaktik, aus dem Gefühl „fort mit Bismarck!" u. dergl. betrachten möge. Ich wünsche ja so schnell wie möglich an meiner Stelle einen Anderen, wenn er nur dies fortsetzen wollte; ich würde gern sagen: „Sohn, da hast Du meinen Speer", wenn er auch nicht mein eigener Sohn wäre. (Heiterkeit.) Diese Art der Discussion hat sich neuerlich überall gezeigt; da hat man sich um den „armen Mann" gerissen, wie um die Leiche des Patroklus. (Heiterkeit.) Herr Lasker hatte ihn an dem einen Ende gefaßt, ich suchte ihn ihm nach Möglichkeit zu entreißen. Und wohin kommen wir denn mit diesen Unterschiebungen von Motiven und mit dieser Zuhilfenahme des Klassenhasses? Das ist schon etwas Socialismus getrieben in der Art, wie Herr v. Puttkamer ihn neulich hier brandmarkte. Der Abg. Richter hat gesagt, die ganze Vorlage wäre eine Subvention für die Großindustrie. Nun, das ist wieder die Frage des Klassenhasses, die neue Nahrung bekommen würde, wenn man dies allgemein glauben könnte. Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Gesetzgebung eine solche blinde Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen ein meistens vom Glück begünstigter Theil unserer Bevölkerung; deren Existenz zu schwächen und zu schmälern wäre aber doch ein sehr leichtsinniges Experimentiren. Wenn wir die Großindustrie fallen lassen, wenn wir es dahin kommen lassen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr concurriren kann, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben wird tragen können, so würden wir damit gewiß den Beifall bei Allen finden, die mit Aerger Jemand sehen, der reicher ist wie Andere, namentlich wie sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Falle, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann müssen wir an die Organisation der Arbeit gehen, denn wir können, wenn ein Etablissement zu Grunde geht, weil die Großindustriellen der öffentlichen Meinung als schädlich denuncirt werden, doch nicht die 20 000 oder mehr Arbeiter, welche dadurch brodlos werden, verhungern lassen. Wir müssen dann zum Staatssocialismus greifen und Arbeit für die Leute finden, wie bei jedem Nothstande. Wenn die Ansicht Richters zutrifft, daß man sich vor dem Staatssocialismus wie vor einer ansteckenden Krankheit hüten müsse, wie kommen wir dazu, bei Nothständen in einer Provinz Arbeiten zu organisiren, die wir nicht machen würden, wenn die Leute Verdienst und Beschäftigung hätten. Wir veranlassen in diesem Falle den Bau von Eisenbahnen, deren Rentabilität zweifelhaft ist, wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst Jedem überlassen. Ist das Communismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit diesen prinzipiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Fleck. Ich bemerkte schon das Eintreten des Abg. Bamberger für die Versicherungsanstalten; ich bin der Ueberzeugung, daß wir keine Verpflichtung haben, gegenüber jenem großen wirthschaftlichen Bedürfnisse für die allein und in erster Linie einzutreten. Er hat ferner erwähnt die Genossenschaften, die außerhalb des Versicherungswesens fallen. Man kommt uns immer mit dem Grunde, der Arbeiter hält es wider sein Ehrgefühl, wenn er gar nichts thut. Ich weiß das genau nicht, aber wenn das wahr ist, so bin ich der Meinung, daß dieses Gesetz auch diesen Hiatus decken soll. Das ist also kein prinzipieller Tadel. Wie erheblich die Lasten sind, die unter Umständen dem Gemeindecommunismus in Gestalt der Armenpflege abgenommen werden und auf den Staatscommunismus in dieser Gestalt übergehen, darauf wirft eine vereinzelte Thatsache einen Lichtblick. Es hat mir nicht gelingen wollen, die Zahl der überhaupt in Armenunterstützung sich befindenden Personen in der Monarchie zu ermitteln, noch weniger den Betrag, der dafür verwendet wird, weil auf dem Lande und in sehr viel anderen Verhältnissen die Privatwohlthätigkeit und die gesetzliche Armenpflege so in einander fließen, daß die Grenze nicht zu ziehen ist, auch nicht Buch darüber geführt wird. Nur von den 170 Städten über 10 000 Einwohner steht fest, daß dieselben für ihre Armenpflege im Durchschnitt einen Aufwand von 4 M. pro Kopf machen. Es wechselt dieser Aufwand zwischen 0,63 M. und 12,84 M. — also sehr verschieden. Am allerauffallendsten ist der Punkt aber da, wo die Mehrzahl der arbeitenden Klassen sich in Knappschaften und ähnlichen Verbänden befinden. Man sollte glauben, daß stark bevölkerte Fabrikorte, wie Neunkirchen und Duttweiler, in dieser Berechnung einen außerordentlich starken Apoint haben müßten. Berlin, das theilweise ein industrieller Ort ist, theils auch nicht, also gewissermaßen, wenn es richtig und geschickt in seinen Finanzen verwaltet wäre, eine Art von Durchschnittspunkt geben könnte, zahlt immer noch weit über den Durchschnitt für seine Armenpflege, ohne daß die Armenpflege, ohne daß die Armen, wie jeder sich leicht überzeugen kann, brillant verpflegt werden; dennoch beläuft sich das Armenbudget in Berlin auf 5 200 000 M. nach den neuesten Angaben und die Armenkrankenpflege auf 1 900 000 M., zusammen auf 7 Mill. M., also 7 M. pro Kopf, während der Durchschnitt der großen Städte nur 4 M. beträgt. 7 M. pro Kopf würden, wenn man diese Armensteuer in ähnlicher Weise auf das ganze Reich vertheilte, die ungeheure Summe von 300 Mill. M. machen, ebenso wie, wenn man die Berliner directe Belastung von 23 M. pro Kopf auf das ganze Reich erweitern wollte, man 1 Milliarde M. directe Steuern, theils aus der Miethssteuer, theils aus der Einkommensteuer haben würde. Indessen es leben ja nicht alle unter dem fortschrittlichen Ring (Heiterkeit) namentlich aber an Orten, wo die größte Mehrheit der Arbeiter Knappschaften und dergleichen Verbänden angehörte, wo sich also vorwiegend Fabrikbevölkerung befindet, ist die auffallende Thatsache zu verzeichnen, daß Neunkirchen nur 58 ₰ pro Kopf hat und Duttweiler 72 ₰. Welche gewaltige Last in einer Stadt von 10 000 Einwohnern wird mit einem solchen Gesetz dem Armenverbande abgenommen! Warum sollte aber nicht für ähnliche Interessen eine Leistung den Armenverbänden angesonnen werden? nur kann es nicht der Lokalverband sein, es muß ein großer Armenverband sein, und deshalb halte ich unbedingt für jetzt fest an dieser Staatshilfe und würde, wenn diese den verbündeten Regierungen nicht gewährt wird, auch ruhig und sine ira einer weiteren Verhandlung, einer weiteren Legislaturperiode entgegensehen. Ich betrachte dies als integrirenden Theil des Gesetzes. Der Vorredner hat, wie ja auch der Abg. Bamberger, einige scheele Seitenblicke auf den Volkswirthschaftsrath geworfen. Ja, ich fände ja das ganz erklärlich; die Concurrenz in der Beredsamkeit wird ebenso gescheut, wie in der Industrie (Heiterkeit), und es sind unter diesen volkswirthschaftlichen Mitgliedern des Wirthschaftsrathes nicht nur überragende Sachkenner, sondern sogar sehr gute Redner, die, wenn das Institut besser entwickelt wird, vielleicht ebenso lange und ebenso sachkundige Reden halten werden, wie dies hier von den Herren, die sich vorzugsweise als sachkundige Vertreter der Arbeiter ausgeben, geschieht. Mit solcher Geringschätzung von den Männern zu sprechen, die hier auf den Ruf ihres Königs gekommen sind, um Zeugniß von ihrer Meinung abzulegen, halte ich wirklich kaum für höflich, aber auch nicht für nützlich. Aus den meisten Wäldern schreit es so heraus, wie man hineinschreit und warum will der Abg. Richter sich unnöthig mehr Feinde machen, als er hat. Er theilt das mit mir, daß die Zahl derselben schon nicht ganz gering ist; sein Ohr ist nur nicht so geschärft für die Existenz der Gegner wie das meinige, und ich warte da ruhig ab, wer von uns das Richtige getroffen hat; vielleicht entscheidet sich das in unserm Leben gar nicht. Auch das würde ich mir gefallen lassen. Der Abg. Bamberger hat z. B. seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß den Vertretern der Seestädte die Frage des Schießpulvers und der Spielkarten überlassen worden wäre. Ja, die Delegirten der Binnenländer sind ungeheuer weit zahlreicher und wir haben diese Vertheilung nicht muthwillig getroffen. Außerdem können Sie doch unmöglich verlangen, daß, wenn wir die Freihandelstheorie für eine gemeinschädliche Krankheit halten, die ähnlich wie der Coloradokäfer und dergleichen uns heimsucht (Heiterkeit), wir nun gerade da, wo wir irgendwie die Wahl haben, den Freihändler als den Vertreter der Interessen des gesammten Landes anrufen. Der Freihändler vertritt im Allgemeinen die Interessen des Seehandels, der Kaufmannschaft und einer sehr kleinen Anzahl von Persönlichkeiten, dem steht das ganze große Binnenland mit stärkerem Gewicht entgegen, und je mehr sich dieser Volkswirthschaftsrath ausbildet — und ich freue mich, daß er alle Aussicht hat, sich über das Reich auszudehnen — desto mehr wird die Zweckmäßigkeit und Vernünftigkeit dieser Einrichtung allgemeine Anerkennung finden. Herr Bamberger hat von der „Unerschrockenheit", die die Regierung kennzeichnet, gesprochen, was ich für meinen inneren Menschen übersetze mit leichtfertiger Dreistigkeit. Unsere Unerschrockenheit beruht auf dem guten Gewissen, auf der Ueberzeugung, daß das, was wir eben bringen, das Ergebniß sorgfältiger pflichtmäßiger Ueberlegung ist und nicht die mindeste Färbung von Parteigeist hat, und insofern sind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von dem Boden der Parteibezirke, der an ihren Schuhen klebt, sich nicht vollständig werden frei machen können. Hr. Bamberger vergleicht uns ferner mit den Römern, er spricht von Theatern, die für den süßen Pöbel gebaut werden. Nun ob der Pöbel für den Vorredner etwas Süßes hat, weiß ich nicht, für uns ist es ein angenehmes Gefühl für die weniger vom Glücke begünstigten Klassen, die der Vorredner mit dem Namen Pöbel bezeichnet, auf dem Wege der Gesetzgebung sorgen zu können, wenn Sie uns die Mittel dazu geben, und jene auf diesem Wege, so weit es möglich ist, dem verderblichen Einfluß einer ihrer Intelligenz übertragenen Beredsamkeit der eloquenten Streber, die die Massen zu überreden suchen, zu entreißen. Der Ausdruck Pöbel ist nicht aus unserem Munde gekommen, und wenn der Abgeordnete einerseits von Pöbel und dann von Couponabschneidern spricht — ich glaube nicht, daß ich den Ausdruck gebraucht habe: „Couponabschneider", er ist mir sprachlich nicht ganz geläufig, ich glaube, ich habe gesagt „Couponschneider" (Heiterkeit), indessen der Begriff bleibt derselbe. Ich halte diese für achtbare und vom ministeriellen Standpunkt aus wünschenswerthe Staatsbürger, weil eine gewisse Schüchternheit sie hindert, Handlungen vorzunehmen, die mit einem Vorwurf verbunden sind. Ein hoher Steuerzahler ist immer der angenehmste Staatsbürger (Heiterkeit), nur muß er sich den Lasten, die seine leicht erhobenen Revenuen in Concurrenz mit den anderen tragen sollten, nicht entziehen wollen, und Sie werden sehen, daß er das nicht thut. Er ist ein ehrlicher Mann, und sobald wir erst das finanzministerielle Mißtrauen der alten Zeit überwunden haben werden, daß Jedermann bereit ist zu seinem finanziellen Vortheil zu lügen, dann wird auch der Couponschneider seinerseits sich selbst richtig einschätzen und besteuern. Der Abg. Bamberger hat ferner gesagt, woher nehmen Sie denn die Mittel dazu? Wie ich schon bemerkte, das Gesetz erfordert im Ganzen wenig neue Ausgaben, die Regierung verlangt nur die Erlaubniß, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu lassen und dann eine kleine mäßige Zulage, ich weiß nicht, können Sie es auf die Hälfte, auf 1/6 veranschlagen; aber das sollte meines Erachtens ein Staat, der sich im Kampfe mit diesen infernalen Elementen befindet, ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus ehrlichen und aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte den Armen, Schwachen und Alten auch in einem weiteren Maße, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christenthum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Mann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Stumm: Die Emphase, mit der der Abg. Richter dem Reichskanzler und uns den Vorwurf des Communismus entgegenschleuderte, sollte wohl nur den fatalen Eindruck abschwächen, der in manchen Kreisen über seine rührende Uebereinstimmung mit dem Abg. Bebel entstehen könnte. Wenn er den Geist des Christenthums mit dem Geiste des 19. Jahrhunderts zu identificiren bemüht war, so möchte ich doch bitten, nicht jedesmal eine Gänsehaut zu bekommen, wenn man von christlichem Staat spricht. Unser deutsches Volk steht in seiner großen Mehrheit auf dem Boden des christlichen Staats. Eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, wie der Abg. Richter sie vorschlägt, würde die jetzigen großen Uebelstände bestehen lassen, und für die Arbeiter so viele Nachtheile hervorrufen, daß der kleine materielle Vortheil, der im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustande herbeigeführt wird, dagegen völlig verschwindet. Neben der Erweiterung des Haftpflichtgesetzes soll alles Uebrige der freien Vereinbarung, der Genossenschaft überlassen bleiben. Hätte der Abg. Richter statt der Ziffern über die Schulze-Delitz'schen Genossenschaften die Zahlen über die Gewerkvereinskassen, auf die er eigentlich hindeutete, genannt, so würde die absolute Geringfügigkeit — der absolute Bankerott, möchte ich beinahe sagen — der Gewerkspensionskassen, klar zu Tage getreten sein. Ohne einen solchen Zwang kommen wir nicht aus und in dieser Hinsicht begrüße ich die Vorlage mit Freude. Mein früherer Antrag wegen Errichtung von Arbeiter-Invalidenkassen hatte eine erheblich größere Ausdehnung, denn die Zahl derjenigen, die durch Unglücksfälle invalide geworden sind, beträgt nach dem Durchschnitt der Knappschaftskasse der Neunkirchener Werke nur 6 pCt. aller Invaliden. Die Motive sagen, dieses Gebiet der allgemeinen Altersversorgung sei zu schwierig; man müsse zunächst das Leichtere herausgreifen. Ich kann dies nicht als richtig anerkennen, glaube vielmehr, daß die Schwierigkeiten bei einer Vereinigung der Unfallversicherung mit einer Altersversorgungskasse sich wesentlich vermindern würden. Auch die Ansicht, daß unser Haftpflichtgesetz ganz verfehlt sei, theile ich nicht, denn es hat wesentlich mitgewirkt die Zahl der Unfälle zu vermindern. An den Nachtheilen des Haftpflichtgesetzes sind wesentlich die Versicherungsgesellschaften schuld, die bei kleinen Unfällen zwar sehr coulant auftreten, aber bei Todesfällen sehr geneigt sind, Prozesse anzufangen. Dieses Uebel könnte man aber auf dem Wege der Gesetzgebung leicht beseitigen. Allerdings glaube ich, daß die Verbindung des bisherigen Haftpflichtgesetzes mit den Knappschaftskassen, resp. die Ausdehnung der Knappschaftskassen auf die ganze Fabrikindustrie der einzig richtige Weg gewesen wäre, den man hätte betreten müssen. Diesen Weg hätte man mit voller Ruhe betreten können, während der jetzt vorgeschlagene gewissermaßen ein Sprung in's Dunkle ist. Wenn ich mich trotzdem im Prinzip auf den Boden der Vorlage stelle, so geschieht es aus dem Grunde, weil ich glaube: das Bessere ist der Feind des Guten Stimmt man aber dem Entwurf im Prinzip zu, so wird man auch die Reichskasse nicht wohl vermeiden können, aber ich verwahre mich dagegen, daß, wenn später die Invalidenkasse aus dem heutigen Gesetz hervorgeht, auch diese dann auf dem Boden der Reichsverwaltung entwickelt wird. Die Invalidenkasse kann nur angeschlossen werden an corporative Verbände oder Genossenschaften, und wir müssen dafür sorgen, daß die jetzt constituirte Reichsanstalt sich später wieder in diese Verbände auflösen lasse. In diesem Sinne werde ich die Vorlage zu amendiren suchen. Den Beitrag des Reiches halte ich für absolut undurchführbar, ebenso den Beitrag der Armenverbände. Ich kann niemals zugeben, daß ein armer Tagelöhner in Posen oder Pommern, dem es hundertmal schlechter geht, als unsern Fabrikarbeitern, auch nur einen Pfennig dazu beitragen soll, um unsern durch den Schutzzoll ohnedies in gesicherte Verhältnisse gekommenen Industriearbeiter zu unterstützen. Auch in mancher anderen Beziehung gehen mir die Consequenzen dieser Form des Staatssocialismus zu weit. Wir müßten dann schließlich jedem einzelnen Arbeiter, der nicht mehr arbeitet, eine feste Rente geben und vielleicht 20 pCt. der schaffenden Hände würden die Arbeit früher niederlegen, als es jetzt geschieht. (Sehr richtig links.) Am angemessensten scheint es mir, daß die Prämie zwischen Arbeiter und Arbeitgeber vertheilt werde, und ich würde keinen Anstand nehmen, dem Arbeiter 1/3 und dem Arbeitgeber 2/3 davon aufzulegen. Für beide ist die Leistung leicht zu tragen. Eine Mitwirkung des Reichstages bei Feststellung der Prämienhöhe, der Regulative rc. halte ich für unerläßlich. Ich hoffe, daß es in der Commission gelingen wird, die Bedenken des Reichskanzlers, der sich durch diese Vorlage ein unsterbliches Verdienst erworben hat, zu beseitigen. Fürst Bismarck verläßt während dieser Rede den Saal)

Abg. Lasker: Der Reichskanzler hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte die Politik der Regierung eine aristokratische genannt und damit den Stand der Aristokraten beleidigt. Es ist gar nicht meine Redeweise, die adeligen Leute aristokratisch zu nennen, dieser Gedanke ist ja längst veraltet. Man spricht allenfalls von Geburts-Aristokratie. Unter Aristokraten aber nur Herren adeliger Abstammung verstehen zu wollen, fällt mir so wenig ein, wie der Reichskanzler von Couponsabschneidern zu sprechen pflegt. Der Reichskanzler pflegt seine Ausdrücke gerade immer gegen mich zu pointiren, weil er der Meinung lebt, daß ich ein persönlicher Gegner von ihm wäre, und er ja immer die Absicht verfolgt, einen Gegner so viel er kann außer Cours zu setzen. Der Reichskanzler hat mir also sehr feinfühlig gesagt, ich hätte von der Politik gesprochen, die den armen Mann belastet. Ich habe nicht gesagt, daß die Herren die Absicht hätten, eine Politik zu machen, die den armen Mann belastet, sondern nur, daß dies der Effect der Politik sei. Wenn der Reichskanzler glaubt, man müsse sich hier der sachlichen Kritik enthalten, weil das Aufregung im Lande hervorrufen könne, so möchte ich sein Ideal von einem Parlamente sehen. Er scheint vergessen zu haben, wie oft er über die Bevorzugung einzelner Klassen gesprochen hat. Leider werden die Reden des Reichskanzlers immer allein abgedruckt und nicht dabei die Reden, in denen die Entgegnung erfolgt. (Heiterkeit.) Davon, daß Hr. Stumm ausdrücklich erklärt hat, die Industrie weise die Subvention zurück, um nicht Widerwillen bei andern Ständen zu verbreiten, davon wird nichts im „Reichsanzeiger" stehen, wohl aber von der Behauptung des Reichskanzlers, daß Hr. Richter Haß und Verachtung gegen die große Industrie habe erregen wollen, mit seiner ganz unschuldigen materiellen Ausführung. Diese Taktik des Reichskanzlers trägt nicht dazu bei, objective Debatten herbeizuführen, sondern sie legt dem nachfolgenden Redner den größten Zwang auf, um innerhalb des parlamentarischen Anstandes seinerseits zu bleiben. Ferner meint der Reichskanzler, alle, die gegen Staatssubvention seien, ständen auf einem Parteistandpunkt, nur er nicht, er habe keine Nebenabsicht. Ich begreife nicht, warum es im öffentlichen Leben gestattet sein soll, sich selbst alles Lob, dem Gegner allen Tadel beizulegen. Es ist doch wahrhaftig stark, wenn ein Mitglied der Regierung bei einer Frage, in der bis jetzt alle Redner sich gegen die Regierungsvorlage erklärt haben, zu behaupten, die alle sprächen vom Parteistandpunkte, nur die Regierung sei objectiv. Ich selbst gehöre keiner Partei an und habe, wie aus meiner Stellung zur Socialistenfrage hervorgeht, mich stets bemüht, möglichst objectiv zu sein. Ich habe in Bezug auf dieses Gesetz den Weg von dem größten freudigen Empfange bis zu der Ueberzeugung durchgemacht, daß uns Undurchführbares zugemuthet wird. Denselben Weg hat die ganze öffentliche Meinung, glaube ich, durchgemacht. Der Grund ist, weil der Gesetzentwurf in seinem socialistischen Theile eine Reihe hingeworfener schöner Ideen, aber ganz und gar nichts von gesetzlichen Vorschriften enthält. Den Mangel der juristisch-technischen und der gesetzlich-technischen Bearbeitung erkennt die Regierung selbst an und sucht sich damit zu helfen, daß sie Alles den Bestimmungen des Bundesraths anheimstellt. Das hohe Haus wird nicht geneigt sein, so weitgehende Delegationen dem Bundesrath zu übertragen, von dem wir sehr wohl wissen, daß er nicht genügend informirt ist, um diese Frage zu entscheiden. Die beiden Grundgedanken einer Reform des Haftpflichtgesetzes und einer Ergänzung desselben durch die Versicherung können wir legislatorisch durcharbeiten; und gelingt uns das in der gegenwärtigen Session, so haben wir einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan. Der Reichskanzler war nicht zugegen, als Hr. Richter Eingangs seiner Rede die Fortentwickelung des Haftpflichtgesetzes auseinandergesetzt, und hat ihm daher zu Unrecht Vorwürfe gemacht. Ich wundere mich, daß die Beauftragten des Reichskanzlers ihm kein Wort davon mitgetheilt haben. Das ist eben die eruptive Theilnahme des Reichskanzlers an unseren Verhandlungen; er kommt her, giebt seine Declarationen, die ihm geeignet erscheinen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, alsdann verläßt er uns (Heiterkeit) und hat solche, die ihm Berichte erstatten, die mit der Wahrheit nichts zu thun haben. Ich bin auch jetzt noch wie 1871 der Meinung, daß das Haftpflichtgesetz möglichst ausgedehnt werden muß, auch für den Fall der Verschuldung seitens des Arbeiters, wie es auch im Gesetze ausgesprochen ist. Dagegen muß ich mich gegen die Beitragspflicht des Staates, die auch im Volkswirthschaftsrath wenig Anklang gefunden hat, erklären, und ich begreife nicht, weshalb der Reichskanzler sich so sehr für das Zustandekommen dieser Gesetzesbestimmung engagirt. Es ist ferner richtig, daß die Armenverbände der Industrie zu ersetzen haben, was ihr durch die Haftpflicht abgenommen wird! Ich bestreite dies. Die Unterstützungen, welche die Armenverbände, namentlich auf dem Lande dem Arbeiter gewähren, bieten ein herzzerreißendes Bild. Man meint, die Industrie könne die Unterstützung nicht tragen. Was würde das heißen? Daß die Industrie einen Zuschlag von 1½ bis 3 pCt. der Löhne nicht ertragen kann? Das heißt, daß der Unternehmergewinn sich vermindern würde. Der socialen Frage näher treten wollen und daran zu denken, daß der Gewinn der Industrie, das Kapital des ländlichen Grundbesitzers derselbe bleiben kann, wie jetzt, ist nicht mit der Ueberlegung eines Gesetzgebers gesprochen. Aber zwei Dinge sind nothwendig. Erstens müssen Sie Ihre Bereitwilligkeit zugestehen, die Entwerthung Ihres Kapitals und Besitzes anzuerkennen zu Gunsten der Arbeiter, welche daran theilnehmen sollen. Zweitens muß sich auch der Arbeiter in seiner Arbeit verbessern gegen das, was sein Arbeitswille und seine Arbeitskraft heute ist. Solche Dinge lassen sich also nicht durch Paragraphen verrücken. Die Gesetzgebung muß der Entwickelung nur nachgehen, kann sie auch unter Umständen fördern; aber gleichzeitig die Arbeiter beglücken und die Industrie dabei nicht schädigen zu wollen, das sind Kunststücke, die vielleicht ein Einzelner vermag, aber nicht die Gesetzgebung. Was nun die Staatsanstalt betrifft, so bestreite ich, daß dieselbe durch den Versicherungszwang geboten ist. Wir haben schon jetzt Versicherungszwang gegen Feuersgefahr bei Immobilien ohne entsprechende Staatsanstalt. Und bis jetzt bestehen doch seit 10 Jahren Versicherungsanstalten, die noch niemals Anlaß zu der Besorgniß gegeben haben, sie würden ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können; kaum eine Versicherungsweise ist so leicht sicher zu stellen wie die Unfallversicherung. Ich bin gewiß kein voreingenommener Freund von Privatactiengesellschaften; aber sie haben in diesen Angelegenheiten das öffentliche Interesse durchaus gefördert. Es sind nicht die schlechtesten Freunde des Gesetzes, welche Ihnen den Rath geben, so schnell wie möglich für die Grundlagen einzutreten, die mit dem Haftpflichtgesetz gegeben sind. Wenn wir den sensationellen Theil aus der Vorlage ausscheiden, dann ist Aussicht vorhanden, daß wir noch in dieser Session etwas bieten können, eine Fortbildung des bisherigen Zustandes. Nach meiner Schätzung sind nicht 50 Mitglieder in diesem Hause, welche die socialistischen Grundlagen dieses Gesetzes übernehmen würden, weniger wegen der Bezeichnung, als wegen der Unreife und der Undurchführbarkeit derselben. Wenn man sagt, es müsse etwas zu Stande kommen und wir müßten deshalb die Grundlagen der Vorlage im Ganzen annehmen, wie Herr v. Marschall ausführte, so sage ich, der größte Fehler auf diesem Gebiete wäre das Experimentiren, und ein fehlgeschlagenes Experiment bringt uns hinter den jetzigen Zustand zurück.

Um 4½ Uhr wird die Verhandlung vertagt. Persönlich bemerkt Abg. Bamberger: Von den zahlreichen Pfeilen, die der Reichskanzler gegen mich abgeschossen hat, will ich, da er nicht mehr gegenwärtig ist, nur zwei anführen. Er hat mir vorgehalten, daß ich vom Pöbel gesprochen habe und mir dabei zu verstehen gegeben, es könne irgend eine Partikel des deutschen Volkes darunter verstanden werden. Hätte er meine Rede nur gehört, so könnte er sich verhört haben, aber er hat sie gelesen und da ist es sehr schwer anzunehmen, daß er meinen Sinn nicht verstanden haben könne. Ich habe vom römischen Pöbel gesprochen und zwar in dem Sinn, daß das Volk dadurch zum Pöbel wird, daß man ihm Geschenke giebt; wenn man es nicht thut, ruft man keinen Pöbel hervor. Der Reichskanzler hat heute sehr viel vom praktischen Christenthum gesprochen: die Auslegung der Rede seines Nächsten, wie er sie mir gegenüber geübt, mag praktisch sein; ob sie christlich ist bezweifle ich. So viel verstehe ich auch vom Christenthum. Er hat dann behauptet, ich sei Eigenthümer der „Tribüne". Es ist schon einmal darauf angespielt worden, aber bei einem so memorabeln Ausspruch aus dem Munde eines so erhabenen Mannes ist es mir doch willkommen, von Neuem zu erklären, daß das ein großer Irrthum ist. Ich habe mich bei einer Reformirung dieses Blattes zu einem ganz kleinen verschwindenden Theil betheiligt, denn wenn unser einer, der keinen Welfenfonds hat, seine Meinung vertreten will, so muß er selbst in die Tasche greifen und leider ist diese Tasche nicht so tief wie der Welfenfonds.

Nächste Sitzung Montag.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. April. Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute das Gesetz betreffend die Emission von 50 Millionen fünfprocentiger Papierrente.

England.

London, 2. April. Die diplomatische Correspondenz über die centralasiatische Angelegenheit ist gestern im Parlamente zur Vertheilung gelangt. In derselben befindet sich eine Depesche des englischen Botschafters in Petersburg, Lord Dufferin, an den Staatssecretär des Auswärtigen, Granville, vom 8. März, in welcher er diesem seine Unterredung mit dem Staatssecretär Giers vom 7. März mittheilt. Letzterer habe erklärt, er sei vom Kaiser ermächtigt zu constatiren, daß es sich keineswegs um die Frage des Vormarsches gegen Merw handele, der Kaiser hoffe aber, daß England der russischen Regierung eine Politik der Enthaltsamkeit und der Mäßigung möglich machen werde, indem es den englischen Offizieren verbiete, die Oasen zu besuchen und die turkmenische Bevölkerung gegen Rußland aufzureizen. Eine weitere Depesche Dufferin's an Granville vom 26. März meldet die Entlassung des Generals Skobeleff und dessen Ersetzung durch Norberg, welcher den stricten Auftrag erhalten habe, Alles zur Beruhigung des Landes aufzubieten. — Die Königin wird wahrscheinlich im Herbst d. J. Deutschland besuchen. — Dem Appellhofe lag dieser Tage die Berufung des Abgeordneten Bradlaugh gegen die jüngste Entscheidung des Richters Mathew vor, welche

Bradlaugh zur Zahlung einer Geldbuße von 500 Pfd. Sterl. verurtheilte, weil er ohne den üblichen Eid zu leisten seinen Sitz im Unterhause eingenommen und an den Verhandlungen und Abstimmungen im Hause Theil genommen. Nach zweitägiger Verhandlung entschied der Gerichtshof gegen Bradlaugh und verurtheilte ihn in die Kosten des Verfahrens. Bradlaugh meldete die Berufung gegen dieses Erkenntniß beim Hause der Lords, dem höchsten Appellhofe an und erklärte, daß er mittlerweile seinen Sitz im Unterhause nicht einnehmen werde.

Frankreich.

Paris, 1. April. Der Senat nahm heute mit 138 gegen 134 Stimmen einen Antrag Bérenger's an, wonach die Unterdrückung der Obedienzbriefe nicht anwendbar ist auf Lehrer und Lehrerinnen, die sich bereits vor dem 1. März 1881 in einer Lehrerstellung befanden. Der Ministerpräsident Ferry hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen.

— 2. April. In der Deputirtenkammer gelangte heute die Zolltarifvorlage zur Berathung. Die auf Grund einer Verständigung mit dem Senate beantragten Zollsätze, darunter 4 Frcs. 50 Cts. für gesalzenes Fleisch und 4 Frcs. 50 Cts. für Weine jeder Art, wurden genehmigt. Schließlich wurde die Tarifvorlage im Ganzen angenommen. Der von der Commission zur Vorberathung des Antrages betreffend das Listenscrutinium zum Berichterstatter gewählte Deputirte Boysset erklärte, daß er seinen Bericht nicht werde vor den Ferien vorlegen können.

Nach einer Meldung aus Constantine haben die Tunesen einen französischen Militärposten angegriffen und dabei einen Corporal und 3 Mann getödtet; es ist sofort ein Bataillon Zuaven mit einer Abtheilung Artillerie und Ambulanzen nach der tunesischen Grenze abgegangen. — Nach einer Meldung aus Algier sind vier Eingeborene von der Mission des Obersten Platters, der für den Bau der durch die Sahara projectirten Bahn Aufnahmen machte, am 28. März mit der Meldung nach Ouregla gekommen, die Mission sei fast vollständig vernichtet worden. Sie erzählten, die Mission sei vier Tagereisen von Hairer im Süden von Assimu überfallen worden, Oberst Platters und die sämmtlichen Mitglieder der Mission seien getödtet. Einem Mitgliede Namens Dianous und einem Unteroffizier Namens Pobeguin mit 63 Mann gelang es zu entkommen, sie schlossen sich den Touaregs von Hoggar an, welche versicherten, daß sie an dem Blutbade nicht theilgenommen hätten. Sie boten den Flüchtigen Datteln an, die aber vergiftet waren. In Folge dessen starben Dianous und 28 Mann. Pobeguin mit 30 Mann setzten auf dem Rückzuge den Kampf fort, wurden aber vier Tagereisen südlich von Missegum eingeschlossen. Die vier Eingeborenen, welche mit dieser Meldung in Ouregla ankamen, sind von Pobeguin gesandt worden. Es wurde unverzüglich Hilfe geschickt, aber es ist wenig Hoffnung vorhanden, die 30 Ueberlebenden zu retten, da sie in dem Moment, wo sie umzingelt wurden, nur noch wenig Lebensmittel und Munition besaßen.

— Das „Journal des Débats" bespricht die jüngsten Ereignisse an der tunesischen Grenze und die Ermordung der Mitglieder der Mission des Obersten Platters und sagt, diese Ereignisse bewiesen, daß eine unerschrockene und energische Politik nöthig sei, um den französischen Einfluß in diesen Algerien benachbarten Gegenden aufrecht zu erhalten. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Léon Renault in der nächsten Woche in der Deputirtenkammer eine Interpellation betreffend Tunis einbringen werde.

Italien.

Rom, 2. April. General Mezzacapo nimmt das Kriegsministerium nicht an, weil er 10 Millionen Mehrauslage für die Armeereform verlangt und die Regierung mit Rücksicht auf die Staatsbilanz dieselben nicht gewähren kann. Fernere Candidaten sind die Generale Ferrero und Avogadro.

Rumänien.

Bukarest, 1. April. Dem Senate ist ein von mehreren Senatoren beantragter Gesetzentwurf zugegangen, betreffend die Ausweisung von Fremden welche die Interessen des rumänischen Staates compromittiren. Von der Kammer ist die Convertirungs-Vorlage in Erwägung genommen worden. Beiden Kammern wurde vom Minister des Auswärtigen die Anerkennung des Königreichs Rumänien durch die Türkei mitgetheilt. (W. T.)

— 2. April. Die Kammer hat die Regierungsvorlage über Convertirung eines Theiles der Staatsschuld, unter erheblichen Abänderungen in einzelnen Nebenpunkten, mit 62 gegen 17 Stimmen angenommen. — England hat der Regierung die Anerkennung des Königreichs Rumänien angezeigt. — Der aus der Initiative mehrerer Senatoren hervorgegangene, gestern im Senate eingebrachte Gesetzentwurf enthält als hauptsächlichste Bestimmung, daß jeder in Rumänien ansässige oder wohnende Ausländer, der durch sein Verhalten die Sicherheit des Staates im Innern oder nach Außen compromittiren, die öffentliche Ordnung stören oder an Handlungen theilnehmen sollte, deren Tendenz auf den Umsturz der socialen Ordnung des Landes oder eines auswärtigen Staates gerichtet ist, durch ein einfaches Decret oder eine ministerielle Verfügung von den Lokalbehörden ausgewiesen, oder in einem anderen Orte internirt werden kann. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs beziehen sich auf die Regelung von Detailfragen. (W. T.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 2. April. **Getreidemarkt.** Weizen loco unverändert, auf Termine fester. — Roggen loco unverändert, auf Termine fest. — Weizen pr. 1000 Kilo pr. April-Mai 211,00 Br., 210,00 Gd., pr. Juli-August 213 Br., 211 Gd. — Roggen pr. 1000 Kilo pr. April-Mai 194 Br., 193 Gd., pr. Juni-Juli 182 Br., 180 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl ruhig, loco 54,00, pr. Mai 54,00. — Spiritus matt, pr. April 45¾ Br., pr. Mai-Juni 45¾ Br., pr. Juni-Juli 46 Br., pr. Juli-August 46¼ Br. — Kaffee matt, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,70 Br., 7,60 Gd., pr. April 7,40 Gd., pr. August-Dezbr. 8,00 Gd. — Wetter: Rauh.

Bremen, 2. April (Schlußbericht.) Petroleum fest, großes Geschäft. Standard white loco 7,65—7,70, pr. Mai 7,60, pr. Juni 7,60, pr. August-Dezember 8,05 Alles bezahlt.

Frankfurt a. M., 2. April. Effecten-Societät. Credit-Actien 257⅜, Franzosen 258½, Galizier 236⅝, österr. Goldrente 81¼, do. Silberrente 66¾, ungarische Goldrente 99½, do. Papierrente 74 11/16, III. Orientanleihe 60 1/16. Ziemlich fest.

Wien, 2. April. (Schluß-Course.) Papierrente 75,57½, Silberrente 76,50, Oesterreich. Goldrente 92,90. Ungar. Goldrente 113,77½. 1854er Loose 121,00, 1860er Loose 130,00. 1864er Loose 172,00. Creditloose 182,00, Ungarische Prämienloose 116,00, Credit-Actien 305,00, Franzosen 296,50, Lombarden 111,75, Galizier 271,25, Kaschau-Oderb. 141,70, Pardubitzer 143,00, Nordwestb. 200,00, Elisabethb. 207,50, Lemberg-Czern. 173,50, Nordb. 2300,00, Kronprinz-Rudolf 161,50, Franz-Josef 182,00, Unionbank 129,90, Anglo-Austr. 127,50, Wiener Bankverein 128,25, Ungar. Creditact. 263,50, Deutsche Plätze 57,20, Londoner Wechsel 117,15, Pariser Wechsel 46,20. Amsterdam do. 96,50, Napoleons 9,26, Dukaten 5,51. Silbercoup. 100, Marknoten 57,20, Russ. Banknoten 1,19¾, 4½ pCt. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe 95,90, Elbthal 243,25, ungar. Papierrente —.

Amsterdam, 2. April. (Schlußbericht.) Getreidemarkt. Weizen pr. November 294. Roggen pr. Mai 244, pr. Oktober 209.

Antwerpen, 2. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste sich bessernd.

Antwerpen, 2. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19¼ bez. 19½ Br., pr. Mai 19½ Br., pr. Septbr.-Dezember 20½ bez. u. Br. Fest.

Paris, 2. April. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. April 29,40, pr. Mai 29,00, pr. Mai-August 28,60, pr. September-Dezember 27,10. — Roggen behauptet, pr. April 22,50, pr. September-Dezember 19. — Mehl fest pr. April 63,10, pr. Mai 62,75, pr. Mai-August 61,80, pr. Sept.-Dezbr. 58,90. — Rüböl ruhig, pr. April 71,00, pr. Mai 71,75, pr. Mai-August 72,25, pr. Septbr.-Dezbr. 74,00. — Spiritus behpt., pr. April 59,75, pr. Mai 59,75, pr. Mai-August 59,75, pr. Sept.-Dezbr. 58,00. — Wetter: Regen.

Paris, 2. April. (Schlußcourse.) 3pCt. amortisirb. Rente 85,75, 3pCt. Rente 84,25, Anleihe de 1872 121,25, Italien. 5pCt. Rente 91,80, Oesterr. Goldrente 83, Ungar. Goldrente 100½. Russen de 1877 96⅜, Franzosen 650,00, Lombard. Eisenb.-Actien 255,00, Lomb. Priorit. 285,00, Türken de 1865 14,30, 6pCt. Rumän. Rente 97, Credit mobilier 795,00, Spanier exter. 21 13/16, inter. 20 5/16, Suezcanal-Actien —, Banque ottomane 629, Societe generale 776, Credit foncier 1805, Aegypter 379, Banque de Paris 1270, Banque d'escompte 840, Banque hypothecaire 716, III. Orientanleihe 62, Türkenloose 53,50, Londoner Wechsel 25,35½.

Liverpool, 2. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner anziehend. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6 1/32 d.

Newyork, 2. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 93⅝. Wechsel auf London 4,80½. Wechsel auf Paris 5,26¼. 5pCt. fund. Anleihe 102. 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 113½. Erie-Bahn 48⅜. Central-Pacific 114. Newyork-Centralbahn 146¼. Chicago-Eisenbahn 136¾. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 9/16, do. in New-Orleans 10⅝, Petroleum in Newyork 7⅞ Gd., do. in Philadelphia 7⅞ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificats — D. 81 C. Mehl 4 D. 65 C. Rother Winterweizen 1 D. 25 C. Weizen pr. laufenden Monat 1 D. 23 C., do. pr. Mai 1 D. 22 C., pr. Juni 1 D. 21 C. Mais (old mixed) 59 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7¼, Kaffee (Rio-) 12. Schmalz (Marke Wilcox) 11¼, do. Fairbanks 11⅛, do. Rohe u. Brothers 11 7/16. Speck (short clear) 8⅝ C. Getreidefracht 4¼.

Productenmärkte.

Königsberg, 2. April. [Wochenbericht vom 28. März bis zum 2. April.] (v. Portatius u. Grothe.) Kleesaaten hatten kaum verändertes Geschäft. Feine Qualitäten blieben beachtet und wurden gerne gekauft, abfallende waren schwerer zu placiren. Im Ganzen war der Verkehr nicht von Umfang. — Thymotheum hatte verhältnißmäßig lebhafteren Handel, und zwar nach wie vor besonders in feinen Sorten, welche gute Preise erzielten. — Spiritus setzte mit niedrigeren Notirungen ein und verblieb bis Mittwoch in flauer Stimmung; nachdem aber an diesem Tage eine Befestigung eingetreten war, blieb stramme Haltung überwiegend und die Woche schloß etwas höher als die vorvergangene. Das Geschäft auf Termine war auch diesmal ohne Leben. Zugeführt vom 26. März bis 1. h. waren ca. 130 000 Liter. Bezahlt wurde loco 54¾, 54½, 54¾, 55 M. und Gd., März Regulirungspreis 55¼ M., Frühjahr 55½, 55¼, 55½ M. und Gd., Mai-Juni 55¾, 55½, 55¾ M. und Gd., Juni 56¼, 56½ M. Gd., Juli 57, 57¼ M. Gd., August 57½, 57¾, 58, 57¾ M. Gd., September 58, 57¾, 58 M. Gd. — Alles pr. 10 000 Liter pCt. ohne Faß.

Stettin, 2. April. Weizen pr. Frühjahr 214,50, pr. Mai-Juni 214,50. Roggen pr. Frühjahr 202,00, pr. Mai-Juni 196,00. — Rübsen pr. Herbst 249. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Frühjahr 51,50, pr. Herbst 55,00. — Spiritus loco 52,00, pr. Frühjahr 53,60, pr. Mai-Juni 54,10. — Petroleum pr. April 8,80.

Berlin, 2. April. Weizen loco 175—230 M. gefordert, stark defect. polnischer — M. ab Bahn bez., pr. April 215—217½—217 M. bez., pr. April-Mai 215—217½—217 M. bez., pr. Mai-Juni 215½—217—216½ M. bez., pr. Juni-Juli 216—217—216½ M. bez., pr. Juli-August 213—214 M. bez., pr. September-Oktober 206½—207 M. bez. Gekündigt 39 000 Ctr., Kündigungspreis 216 M. — Roggen pr. 1000 Kilo loco 190—212 M. gefordert, inländ. 202—206 M., feiner inländ. 207—209½ M., klammer inländischer 192—201 M. ab Bahn bez., pr. April 205½—206—205¾ M. bez., pr. April-Mai 205½—206—205¾ M. bez., pr. Mai-Juni 198¼—199¼—199 M. bez., pr. Juni-Juli 188½—189¼—189 M. bez., pr. Juli-August 178½—179½ bis 179 M. bez., pr. September-Oktober 171½—172 M. bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 153—175 M. gef., ost- und westpreuß. 158—162 M., russ. 158 bis 162 M., pommerscher und mecklenburgischer 162—165 M. ab Bahn bez., pr. April 153½—153¾ M. bez., pr. April-Mai 153¾ M. bez., pr. Mai-Juni 154 M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez. — Gerste loco 145—200 M. pr. 1000 Kilo. — Mais loco 146—150 M. gefordert. Amerikanischer — M. ab Bahn bez., pr. April 138 M., pr. April-Mai 131 M., pr. Mai-Juni 128 M., pr. Juni-Juli 126 M. — Erbsen pr. 1000 Kilo loco Futterwaare 158—177 M., Kochwaare 178—215 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo No. 0 28,50 bis 27,50 M., No. 0 und 1 27,50—26,50 M. — Roggenmehl No. 0 28,75 bis 27,75 M., No. 0 und 1 27,50—26,50 M., pr. April 28,10 M. bez., pr. April-Mai 27,85—28—27,90 M. bez., pr. Mai-Juni 27,25—40—30 M. bez., pr. Juni-Juli 26,60—70—65 M. bez., pr. Juli-August 25,50—55 M. bez., pr. Septbr.-October 24,40—30 M. bez. — Oelsaaten pr. 1000 Kilo. Winter-Raps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl pr. 100 Kilo loco ohne Faß 51 M. Br., mit Faß — M. bez., pr. April 51,1—51—51—51,1 M. bez., pr. April-Mai 51,1—51—51,1 M. bez., pr. Mai-Juni 51,9—8—9 M. bez., pr. Juni-Juli 52,7—6—7 M. bez., pr. August-Sept. — M. bez., pr. Sept.-October 54—53,8—53,9 M. bez., pr. Okt.-Nov. — M. bez. Gekündigt 6600 Ctr., Kündigungspreis 51 M. — Leinöl loco pr. 100 Kilo ohne Faß 65 M. — Petroleum pr. 100 Kilo loco — M., pr. April 25 M., pr. April-Mai 24,2 M. bez., pr. Sept.-Oktober 25 M. bez., pr. Oktober-Nov. 25,4 M. bez. — Spiritus loco ohne Faß 53,6 M. bez., pr. April 54,8—55 M. bez., pr. April-Mai 54,8—55 M. bez., pr. Mai-Juni 55—55,3 M. bez., pr. Juni-Juli 55,9—56,1 M. bez., pr. Juli-August 56,7—9 M. bez., pr. August-September 56,7—9—8 M. bez. Gekündigt 630 000 Liter, Kündigungspreis 54,7 M.

Breslau, 2. April. Kleesaat, rothe, behpt., alt ordinär 20—25, mittel 26—30, fein 31—36, neu ordinär —, mittel 36—38, fein 40—42, hochfein 43—46, weiße, matt, ordinär 30—40, mittel 41—55, fein 56—62, hochfein 66—70.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 2. April. — **Wind:** NO.

Angekommen: Actif (SD.), Krohn, Hartlepool; C. Neuman Gädebehn, Dethloff, Shields; Kohlen.

Gesegelt: Saxon (SD.), Streatfield, London, Getreide und Güter.

3. April. **Wind:** NO.

Angekommen: Ben Avon (SD.), Wood, Burntisland; Eiche, Röhmer, Shields; Friedrich II, Abshagen, Newcastle; Kohlen. — Adolph Meyer (SD.), Claase, Messina (via Gothenburg) Früchte. — Elwine Kreplin, Köpke, Hartlepool, Kohlen.

Gesegelt: Jupiter (SD.), Farée, Antwerpen, Getreide und Güter.

4. April. **Wind:** O.

Gesegelt: Adler, Schröder, Dünkirchen, Melasse.

Nichts in Sicht.

Thorn, 2. April. — **Wasserstand:** 9 Fuß — Zoll.
Wind: NW. — **Wetter:** trube und kühl.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Röckner, für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten: A. Klein, für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, alle in Danzig.

Beschluß.

In dem Concurse über das Vermögen des Zimmermeisters **Gotthilf Heinrich Rudolph Schaepe** hier wird zur Beschlußfassung über einen Verkauf des der Ehefrau des Cridars gehörigen Grundstücks, Schmiedegasse, Blatt Nr. 20 der Grundbuchs- und Am Sande Nr. 2 der Servisbezeichnung, bei welchem die Concursgläubiger wegen das dem Gemeinschuldner während der Dauer des Concursverfahrens an dem Vermögen seiner Ehefrau zustehenden Nießbrauchs, interessiren, eine Gläubigerversammlung auf den

9. April 1881, Vm. 11½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht (Zimmer Nr. 6) berufen.

Danzig, den 1. April 1881.

Königl. Amtsgericht XII.

Nothwendige Subhastation.

Das den **Volt'schen Erben** gehörige, in Eichenau belegene, im Grundbuche von Eichenau (Dembini) No. 1 verzeichnete Rittergut soll

am 3. Mai 1881,
Vorm. 10 Uhr,

in Culmsee an Gerichtsstelle, Zimmer No. 5, auf den Antrag eines Miteigenthümers zum Zwecke der Auseinandersetzung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 4. Mai 1881,
Vorm. 10 Uhr,

daselbst verkündet werden.

Es beträgt das Gesammtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Gutes 367 Hectar 29 Ar 90 Quad.-Meter. Der Reinertrag, nach welchem das Gut zur Grundsteuer veranlagt worden: 1822,12 Thlr. Nutzungswerth, nach welchem das Gut zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 960 M.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserem Geschäfts-Lokale, Zimmer No. 1, eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Culmsee, den 24. Februar 1881.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für die öffentliche Submission auf Herstellung der Zwischendecken und Betragen der Gewölbe zum Neubau des Königlichen Ober-Präsidial-Gebäudes hierselbst, ist ein neuer Termin auf

Freitag, den 8. April cr.,
11 Uhr Vormittags,

im Bau-Bureau Neugarten 14, anberaumt, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen und gegen Erstattung der Selbstkosten entnommen werden können.

Danzig, den 31. März 1881.

Der Regierungsbaumeister.
gez. Weyer.

Submission auf Steine.

Zur Entgegennahme von Submissions-Offerten auf die Lieferung von Steinmaterialien an nachbezeichneten

Baustellen:	runde Steine. Cbm.	Stein-gerölle. Cbm.
bei Rothebude an der Weichsel	25	88,5
bei Mielenzer Wachbude } an der Nogat	"	23,2
bei Halbstadt }	"	5

habe ich einen Termin auf

Mittwoch, den 13. April d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

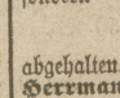
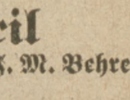
in meinem Geschäftszimmer hierselbst anberaumt. Die Offerten werden im Beisein der erschienenen Submittenten eröffnet. Lieferfrist bis zum 1. August d. J.

Klein Lesewitz, den 30. März 1881.

Der Deichhauptmann.
Boenchendorf.

3. Lotterie Baden-Baden.

Genehmigt im Königreich Preußen u. andern deutschen Staaten.
Haupt-Gewinne im Werthe von
Rm. 60 000, 30 000, 15 000, 12 000, 3 a 10 000, 5 a 5000, 4000, 5 a 3000, 9 a 2000, 20 a 1000 u. s. w.
5 Ziehungen.
Loose zur 1. Ziehung a 2 Mk., Original-Voll-Loose für alle 5 Ziehungen giltig a 10 Mark
empfiehlt die
Haupt-Collection Hermann Franz,
Hannover.
Original-Pläne versende franco und gratis.


Luxus-Pferdemarkt


Marienburg Westpr.

Der diesjährige Markt für edle Pferde wird **nicht** am 27. und 28. Mai, sondern

am 28. und 29. April

abgehalten. Bestellungen auf Barackenstände nehmen die Herren **J. M. Behrendt, Herrmann Raabe** und **C. Schulz** entgegen.

Das Comité.

Auf Ostindischen Perl-Tapioca,

fein- und mittelkörnig,

erlaube ich mir wegen seines hohen Nahrungswerthes, seines Wohlgeschmackes und seiner leichten Verdaulichkeit in Wein-, Bier-, Fleisch-, Milch- und Wasser-Suppen gekocht, und auch zu Pudding verwandt, die geehrten Hausfrauen und Gastwirthe ergebenst aufmerksam zu machen. (2461

Das einzelne ℔ kostet bei mir 40 ₰, bei 10 ℔ billiger.

A. von Zynda,
Hundegasse 119.

Carl Schnarcke in Danzig,
Brodbänkengasse 47,

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von **Colonialwaaren, Delicatessen, Thee, Südfrüchten, Parafin- und Stearinkerzen, Toilette- u. Wasch-Seifen, Droguen, Farben und technischen Artikeln, Anilins, ätherischen Oelen und Essenzen.** (9229

Auction.

Freitag, den 8. April cr.,
10 Uhr Vormittags,

wird in **Alt-Terranova** das zur **Heinr. Nickel**'schen Nachlaßmasse gehörende Inventarium, bestehend in:

20 Milchkühen, 1 Bullen, 7 Stärken, 7 Stück Jungvieh, 5 Arbeitspferden, 2 vierjährigen Hengsten, 3 Jährlingen, einigen Schweinen und Schafen,

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Der Concurs-Verwalter.
Fr. Silber in Elbing. (3166

National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft

(eingetragene Genossenschaft zu Stettin).

Hypothekarische Darlehne mit Amortisation werden auf städtische Grundstücke und ländlichen Grundbesitz unter liberalen Bedingungen begeben, durchaus feine Beleihungen werden zu 4½ % Zinsen abgeschlossen.

Größerer Grundbesitz wird auch zur II. Stelle unmittelbar hinter der Landschaft beliehen. — Anträge nimmt entgegen

die General-Agentur für Westpreußen und Regierungsbezirk Cöslin.

E. L. Ittrich,
Danzig, Comtoir: Fleischergasse No. 86. (2989



Dem geehrten Publikum hierdurch zur Nachricht, daß der bisher in dem Ladenlokale in der **Portechaisengasse** gewesene und am 12. März geschlossene **Verkauf von**

Zauber-Apparaten u. s. w.

in der Zeit vom 15. bis 25. April **wieder eröffnet wird**, und zwar in dem Hause, wo ich bereits vor 2 Jahren meinen Verkauf hatte **Hundegasse 14**, eine Treppe, woselbst ich während des Sommers **ein Lager, verbunden mit Detailverkauf**, halten werde. 2657

Hochachtungsvoll **A. Nolte.**

NB. Die Wiedereröffnung wird zur Zeit näher bekannt gemacht

Mecklenb. Hypotheken- und Wechselbank
in Schwerin.

Die Bank beleiht städtische Grundstücke und Liegenschaften resp. lombardirt Hypotheken unter soliden Bedingungen.

Die General-Agentur.
Wilh. Wohl, Danzig, Brodbänkengasse 12. [9319

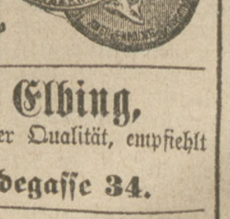


Die Bernsteinlackfabrik

von
Pfannenschmidt & Krüger,
Danzig,
empfiehlt ihre sämmtlichen Lacke, sowie Siccativ, Leinöl u. Firniß (hell u. dunk.) Special.:

Fußbodenlacke, trockn. in 6 Std.

Aufträge von netto 3 Kilo an werden promp gegen Nachnahme ausgeführt.



Brauerei Englisch Brunnen, Elbing,

Lager- und Böhmisches Bier obiger Brauerei in vorzüglicher Qualität, empfiehlt in Gebinden als auch in etiquettirten Flaschen

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Monogrammstempel,

passend für jeden Haushalt, zum Signiren der Wäsche, Bedrucken von Briefbogen 2c. verkaufe ich, soweit der Vorrath reicht, statt wie bisher für 4 M. zu dem herabgesetzten Preise von

Mk. 1,50 per Stück

incl. Stempelkasten und 1 Fläschchen Farbe. (3351

Franz Franke, Hundegasse 96.

Bekanntmachung.

Für den Neubau des hiesigen Landgerichtsgefängnisses sollen folgende Lieferungen und Arbeiten in öffentlicher Submission vergeben werden:

Loos I. Lieferung von 518 Cbm. Bruchsteinen.

Loos II. Lieferung von 525 Mille Hintermauerungsziegeln.

Loos III. Lieferung von 83 Mille Verblendziegeln.

Loos IV. Maurer-, Steinhauer-, Pflaster-, Stacker- und Asphaltarbeiten incl. Material, excl. Bruch- u. Ziegelsteinen, veranschlagt zu rot. 27 050 M.

Loos V. Ausführung der Zimmerarbeiten incl. Materiallieferung, veranschlagt zu rot. 5432 M.

Offerten, welche Gebote auf einzelne, sowie mehrere Loose zusammen enthalten dürfen, sind an die Königliche Kreisbauinspection zu Konitz versiegelt, mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bis **Sonnabend, den 16. April cr.**, Vormittags 10 Uhr, einzureichen, an welchem Termin die eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Den Offerten auf Hintermauerungs- und Verblendziegeln sind Probesteine beizufügen.

Bedingungen, Zeichnungen u. Kostenanschläge sind auf der Kreisbauinspection einzusehen, von der auch Auszüge der letzteren gegen Erstattung der Copialien zu beziehen sind. Die Auswahl unter den drei Mindestfordernden bleibt vorbehalten.

Konitz, den 1. April 1881. (3412

Königl. Kreisbauinspection.

Holzverkauf.

Am **Freitag, den 8. April cr.**, Vormittags 10 Uhr, werden hierselbst im Nötzel'schen Gasthofe unter Anderem folgende Hölzer meistbietend zum Verkauf kommen:

1. Belauf Bülow: Buchen-, Nutz- und Brennhölzer, sowie Aspen-, Birken- und Kiefern-Nutz- und Brennholz in verschiedenen Jagen.
2. Belauf Seeresen, Jagen 32, 34 und 42, durchschnittlich 3 Kilometer von der Carthaus-Danziger Chaussee entfernt, Eichen- und Kiefern-Nutz- und Brennhölzer, besonders starke Kiefern-Nutzenden, nahe der Försterei Seeresen.
3. Belauf Carthaus: Nutz- u. Brennhölzer (zumal starke Kiefern-Nutzenden) in verschiedenen Schlägen u. von verschiedenen Holzarten, meist nahe Carthaus und in der Nähe der Chausseen.
4. Belauf Dombrowo, im Jagen 18, am Carthaus-Dombrowo'er Wege, starke Eichen- und Kiefern-Nutz- u. Brennhölzer, auch Eichen-Nutzkloben, rund und mehrere Meter lang.

Carthaus, den 1. April 1881.

Der Königliche Oberförster.
Schneider.

Langgasse 41

ist die III. Etage, von 5 Zimmern, Küche, Mädchenstube und Zubehör sofort zu vermiethen. [7386

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.